

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

Renate Münder

EDITORIAL

Die anhaltende massive Bedrohung Syriens und die unzureichenden Proteste seitens der deutschen Friedensbewegung verweisen auf die Bedeutung des Themas *Antiimperialismus*. Fritz Dittmar und Renate Münder stellen Diskussion und Beschlüsse der Komintern zum antikolonialen Kampf dar, während sich Sepp Aigner den aktuellen Bezügen des Themas zuwendet. Die Problematik, die sich damals wie heute stellt, dass der Widerstand gegen den Imperialismus häufig nicht von Organisationen der Arbeiterklasse und der armen Landbevölkerung, sondern von der nationalen Bourgeoisie angeführt wird, darf keinesfalls zur Duldung der imperialistischen Einmischungs- und Kriegspolitik führen.

Antiimperialistische Solidarität ist nicht mit proletarischem Internationalismus, nicht mit freundschaftlichen Beziehungen zu Schwesterparteien gleichzusetzen, sondern bedeutet die Verteidigung der nationalen Souveränität und des Rechts auf Selbstbestimmung der unterentwickelt gehaltenen Länder gegenüber den Herrschaftsansprüchen imperialistischer Staaten. Selbst wenn die Arbeiterklasse rechtlos, die demokratischen Rechte mit Füßen getreten und die Kommunisten verfolgt werden, so wird die Hoffnung, eine Einmischung durch die Großmächte werde die Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Volksschichten durchsetzen, immer enttäuscht werden.

Den Widerstand in Vietnam, der die mächtigste Militärmacht der Welt zum Rückzug zwang, macht Gerhard

Feldbauer lebendig. Er erinnert an die „Revolte der GIs“ und an die weltweiten Solidaritätsbewegungen, die den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes unterstützten. Vietnams Beispiel, das den Befreiungsbewegungen anderer Völker Ansporn war, scheint in weite Ferne gerückt. Denn inzwischen sind diese Völker einem Kurs der Rekolonisierung ausgesetzt, dem sie fast ohne Bündnispartner aus der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder standhalten müssen.

Verletzung der notwendigen Solidarität stellen wir auch gegenüber dem bewunderswerten Kampf unserer griechischen Schwesterpartei KKE fest – Unterstellungen und Unwahrheiten weisen Udo Paulus und Johannes Magel zurück.

Rainer Perschewski stellt mit *Gewerkschaften in der Krise* eine Broschüre von Renate Münder vor, in der das Verhalten von IG Metall und ver.di während der Krisenjahre kritisch untersucht wird.

Die *Fälscher sind am Werk!* unter diesem Titel beleuchtet Anton Latzo die nationalen und internationalen Zusammenhänge des 17. Juni 1953 in der DDR.

Die Entwicklung der kommunistischen Parteien in Europa wird uns noch länger beschäftigen. Auch wenn jedes Land seine spezifischen Fragestellungen hat, geht es oft um die gleichen Fragen, wie aus einer Darstellung von Tibor Zenker von der Kommunistischen Initiative Österreichs im Vorfeld der Gründung der *Partei der Arbeit* deutlich wird: Kommunistische Identität oder Linkspluralismus, Antiimperialismus oder Europäismus? Ebenso heftig wird in vielen Parteien von (Ex-)Kommunisten um die Frage der Regierungsbeteiligung gestritten. Herwig Lerouge von der *Partei der Arbeit Belgiens* nimmt sie unter die Lupe, sei es in Frankreich, Italien oder Deutschland. Die überraschend klaren Veränderungen in der DKP nach dem jüngsten Parteitag stellt Sepp Aigner kurz dar.

Im Literaturtipp empfiehlt Stephan Müller das Buch von Kurt Gossweiler *Großbanken, Industriemonopole und Staat*. Er untersucht mit Blick auf die Weimarer Republik den beständigen Kampf zweier Gruppen im deutschen Monopolkapital, der alten Schwerindustrie und der neueren Chemie- und Elektroindustrie. Seine Fragestellung, wie sich die gegeneinander gerichteten Einzelinteressen der Monopolkapitalisten zum Gesamtinteresse der Monopole an der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft verhalten, kann zum Verständnis auch der heutigen Interessenkonflikte innerhalb der Bourgeoisie führen.

Und am Schluss wieder ein kleines Beispiel zum Thema wie sich die DKP verändern muss: Patrik Köbele berichtet, wie in Essen die Schließung der Stadtteilbibliotheken verhindert wurde.



DIE KOMINTERN ZUM ANTIKOLONIALEN KAMPF

Neben der Arbeiterbewegung ist dem Kapitalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein neuer Gegner entstanden. Indem der Kapitalismus sein imperialistisches Stadium erreichte, brachte er die Aufteilung der Welt zum (vorläufigen) Abschluss. Soweit die anderen Völker noch keine eigenständige Entwicklung zum Kapitalismus vollzogen hatten, fielen sie unter die Herrschaft einer Handvoll von Großmächten. Sie wurden zu Kolonien und Halbkolonien. Damit wurde ihnen die Perspektive versperrt, sich eigenständig zu kapitalistischen Nationen zu entwickeln. Stattdessen wurde ihnen aufgezwungen, als Lieferanten von Rohstoffen und billiger Arbeitskraft den Imperialisten den Zugriff auf Extraprofiten zu sichern.

Die Quelle der Extraprofiten des Monopolkapitals aus den Kolonien und Halbkolonien ist eine wesentliche Ursache für die Stärke des Imperialismus – im Kampf gegen das Kapital ist es darum Ziel des Proletariats, diese Quelle zu verstopfen. Der indische Kommunist Manabendra Nath Roy begründete damit sogar eine Verlagerung des Arbeitsschwerpunktes der Komintern in die Kolonien: „Der europäischen Arbeiterbewegung wird der Sturz der kapitalistischen Ordnung erst dann gelingen, wenn diese Quelle endgültig verstopft ist“ [1]. Zum vollen Erfolg der Weltrevolution sei das Zusammenwirken der proletarischen Bewegung in den Metropolen und der revolutionären Bewegung in den Kolonial- und Halbkolonialländern erforderlich. In den Leitsätzen zur Orientfrage der Gesamthesen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1922 schlug sich das folgendermaßen nieder: „Die koloniale Revolution kann nur zusammen mit der proletarischen Revolution in den hochentwickelten Ländern siegen und ihre Eroberungen behaupten.“ [2]

Drei Hauptkräfte der Revolution

Die Völker in den Kolonien wurden im antiimperialistischen Befreiungskampf zu gleichberechtigten Bündnispartnern. Und die Zusammenarbeit der drei Säulen der kommunistischen Weltbewegung – Arbeiterklasse in den

sozialistischen Ländern, Arbeiterbewegung in den imperialistischen Zentren und Unabhängigkeitsbewegung der unterdrückten Völker – schlug sich in der Erweiterung der Losung des Kommunistischen Manifests nieder: „Proletarier aller Länder **und unterdrückte Völker**, vereinigt euch!“

Von den kommunistischen Parteien in den imperialistischen Ländern verlangte die Komintern die Unterstützung des Kampfs der Kolonien nach nationaler Selbstbestimmung. In den „Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale“ von 1920 hieß es unter Punkt 8: „Jede Partei, die der III. Internationale angehören will, ist verpflichtet, die Machinationen „ihrer“ Imperialisten in den Kolonien schonungslos zu entlarven, jede Befreiungsbewegung in den Kolonien nicht in Worten sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer eigenen Imperialisten aus den Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes wahrhaft brüderliche Gefühle für die werktätige Bevölkerung der Kolonien und der unterdrückten Nationen zu wecken ...“ [3]

Ungleichzeitige Entwicklung

Ein Problem der Kommunisten in den Kolonien war, dass die Ansätze zu eigenständiger kapitalistischer Entwicklung unterschiedlich weit entwickelt waren. So gab es Kolonien, die so rückständig waren, dass die Führung des Kampfs gegen die Kolonialmacht in der Hand von Feudalherren oder Stammesführern lag. Diesen gegenüber bestand die Position der Kommunisten darin, die imperialistische Unterdrückung zu verurteilen und gleichzeitig den Kampf der Massen gegen den Feudalismus zu fördern.

In den Kolonien waren nationale Bourgeoisie und Arbeiterklasse nur keimhaft entwickelt. Zu ihrer freien Entfaltung mussten sie darum kämpfen, das Joch ihrer Kolonialherren abzuschütteln. Ebenso mussten sie in ihrem Land den Kampf gegen die feudalen Großgrundbesitzer führen, die unter der Herrschaft der Unterdrücker-

staaten ihre eigene ökonomische Macht gesichert sahen und den Kolonialismus stützten. Am Kampf gegen den Großgrundbesitz und um nationale Souveränität hatten die Bauernmassen, die Arbeiter und in gewissem Umfang auch die Bourgeoisie ein gemeinsames Interesse, ohne dass das ihre internen Gegensätze aufgehoben hätte.

Lenin unterschied eine Kompradonbourgeoisie, die mit den Imperialisten kollaboriert, von einer „national-revolutionären“ Bourgeoisie. Die KI beschloss, „jede national-revolutionäre Bewegung gegen den Imperialismus“ zu unterstützen. Dabei sei es jedoch entscheidend, „dass nur eine konsequente revolutionäre Linie, die darauf abzielt, die breitesten Massen in den aktiven Kampf hineinzuziehen, und der unbedingte Bruch mit allen Anhängern einer Aussöhnung mit dem Imperialismus, im Interesse der eigenen Klassenherrschaft, die bedrückten Massen zum Siege zu führen vermag.“ [4]

Wo die Führung des Widerstands in der Hand der nationalen Bourgeoisie liegt, hängt die Frage eines Bündnisses davon ab, welche Position sie zum Kampf gegen den Feudalismus einnimmt, ob die Bodenreform Teil ihres Programms ist. Das ist die Voraussetzung für die Unterstützung einer national-revolutionären Führung. Ein echtes Bündnis ist aber erst dann möglich, wenn sie die Arbeiterbewegung als eigenständig anerkennt und die legale Tätigkeit der Kommunisten als Partei zulässt.

In den Leitsätzen zur Orientfrage des IV. Weltkongresses der KI wurde ein offenes Bündnis zwischen der kommunistischen Partei und einer bürgerlich-nationalen Bewegung als Taktik ausgegeben. Doch „die Arbeiterbewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern muss sich vor allem die Stellung eines selbständigen revolutionären Faktors in der antiimperialistischen Gesamtfrente erkämpfen. Erst wenn ihr diese selbstständige Bedeutung zuerkannt wird und sie dabei ihre politische Unabhängigkeit bewahrt, sind zeitweilige Verständigungen mit der bürgerlichen

Demokratie zulässig und notwendig.“ [5]

Bei der Umsetzung dieser Taktik traten jedoch schwierig zu lösende Widersprüche auf. Das bedingungslose Festhalten am Bündnis mit den Repräsentanten der nationalen Bourgeoisie hat zu blutigen Niederlagen der Kommunisten geführt: Die Chinesische KP erlitt durch das Massaker in Shanghai, in dem Chiang Kai-shek Tausende seiner bisherigen Bündnispartner ermordete, einen empfindlichen Rückschlag, die Indonesische KP wurde von General Suharto während seines Putsches gegen Sukarno zusammen mit vielen Anhängern praktisch vernichtet (ca. eine Million Opfer), die Irakische Partei wurde nach der Verfolgung durch Saddam Hussein in die Emigration gedrängt und im Innern praktisch bedeutungslos, ebenso wie die iranische Tudeh Partei nach dem Sturz des Schahs.

Nationale Frage

Die Überwindung des Nationalismus ist in den imperialistischen Ländern eine zentrale Aufgabe der Kommunisten. Während er dort zur Grundlage von Klassenzusammenarbeit, Rassismus, Ausbeutung und Krieg dient, kann er bei den unterdrückten Völkern eine – in begrenztem Maße – fortschrittliche Funktion erfüllen. Auf dem IV. Weltkongress der Komintern wurde festgehalten: „Die von den nationalistischen Bewegungen in den Kolonien aufgestellte Forderung nach nationaler und wirtschaftlicher Selbständigkeit ist der Ausdruck für die Bedürfnisse

der bürgerlichen Entwicklung in diesen Ländern“ [6]. Der Kampf um die nationale Befreiung hat das Potenzial, alle Klassen und Schichten des Volkes gegen den gemeinsamen Feind zusammenzuführen. Zur Beurteilung von Nationalismus oder Chauvinismus ist die Unterscheidung Lenins von Unterdrückerstaaten und unterdrückten Nationen auch heute noch heranzuziehen.

Die staatliche Souveränität erlangten die meisten Kolonien erst nach dem zweiten Weltkrieg. Wenn die Dekolonisierung aus dem Grund erfolgte, weil die Besatzungskosten von den Unterdrückernationen nicht mehr aufgebracht werden konnten, blieben die ehemaligen Kolonien ökonomisch und politisch von den Imperialisten weiter abhängig. Eine wirkliche Befreiung konnte meist nur im Widerstand gegen einen grausamen und brutalen Gegner erreicht werden, wie in Algerien, Angola oder Vietnam. Der erfolgreiche Kampf des vietnamesischen Volkes fand seinen Widerhall in Che Guevaras Aufruf „schafft zwei, drei, viele Vietnam“.

Seit dem Untergang der Sowjetunion und durch die Schwäche der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Staaten haben die unterdrückten Völker nur noch wenig Verbündete in ihrem Kampf, wie es die Bevölkerung des Irak und Libyens erfahren mussten. Die Kriterien der Komintern sind kaum mehr auf die heutigen Bedingungen zu übertragen. Aber sie zeigen uns die kommunistische Herangehensweise, von der wir für die Zeit des Neokolonialismus lernen können.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Zitiert nach Nick Brauns, Vom kolonisierten Ding zum revolutionären Subjekt, junge Welt vom 26.07.2005
- [2] Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1923, Leitsätze zur Orientfrage
- [3] W. I. Lenin: Die große Kraft des Proletarischen Internationalismus; Berlin 1973, S. 209/210
- [4] Zitiert nach Nick Brauns, ebd.
- [5] Ebd.
- [6] Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1923, Leitsätze zur Orientfrage



ANTIIMPERIALISMUS HEUTE

Als nach dem Zweiten Weltkrieg eine Welle antiimperialistischer Befreiungsbewegungen die Reste des alten Kolonialsystems wegfegte, war in der westeuropäischen Linken die Solidarität mit diesen Bewegungen ziemlich unumstritten. Keine Frage, dass die Befreiung der afrikanischen Kolonien, der Kampf gegen das südafrikanische Apartheidregime, gegen die französische, dann US-Besatzung in Indochina und gegen die Dominanz der USA in Lateinamerika legitim und zu unterstützen war.

Der Offensive des Antiimperialismus folgte eine Gegenoffensive des Imperialismus – eine Phase, von der noch kein Ende abzusehen ist. Viele formal unabhängig gewordene Staaten werden unter neokoloniale Abhängigkeit gezwungen. Fortschrittliche Regimes in Lateinamerika, Afrika und Asien, die sich z. T. einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zum Sozialismus auf die Fahnen geschrieben hatten, wurden liquidiert, und die heute existierenden werden mit allen Mitteln, Krieg eingeschlossen, bedroht. Im Fokus der imperialistischen Aggression stehen heute Staaten wie die Demokratische Volksrepublik Korea, Weißrussland, der Iran, Venezuela, Bolivien, Nikaragua, Ecuador, Syrien, Afghanistan, Simbabwe. Der Irak und Libyen wurden bereits besetzt, Somalia als Staat faktisch liquidiert. Diese am unmittelbarsten bedrohten Staaten haben kaum mehr gemeinsam als eben den Umstand, imperialistisches Aggressionsziel zu sein.

Solidarität mit Reaktionären?

Worin besteht antiimperialistische Solidarität unter diesen Umständen? Solidarität mit dem iranischen Regime, das die kommunistische Partei des Iran nahezu liquidiert hat? Solidarität mit Weißrussland unter dessen „autoritärem Regime“, Solidarität mit den afghanischen Taliban?

Der Ausgangspunkt kommunistischer Politik in Sachen Antiimperialismus ist zunächst die Tatsache, dass die Arbeiterklasse über alle Grenzen hinweg ausgebeutet und unterdrückt wird. Dass die Bourgeoisie ihre Herr-

schaft in der Form des bürgerlichen (National-)Staates organisiert, finden wir als Kampfbedingung vor. Sie macht es notwendig, dass die Arbeiterklasse zunächst in jedem Land ihre Bourgeoisie besiegen und die eigene Macht zunächst in nationaler Form errichten muss. Dem Wesen der Sache nach ist die Befreiung von der Lohnarbeit aber international. In diesem Sinn haben die Arbeiter kein Vaterland. Die gemeinsame Klassenzugehörigkeit bewirkt, dass Arbeiter in Deutschland mit den Arbeitern in der ganzen Welt objektiv mehr gemeinsam haben als mit ihren deutschen Ausbeutern.

Proletarischer Internationalismus ist nicht identisch mit antiimperialistischer Solidarität. Wie im Artikel „Die Komintern zum antikolonialen Kampf“ in diesem Heft dargelegt wird, berücksichtigt die kommunistische Bewegung seit hundert Jahren einen Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der auf der Gesetzmäßigkeit der ungleichen Entwicklung dieser Ordnung beruht. Das Monopolkapital in den imperialistischen Zentren übt über die weniger entwickelten Teile der Welt seine Herrschaft aus und zieht aus ihnen Extraprofit. Die imperialistische Dominanz führt dazu, dass diese Regionen die im Rahmen der kapitalistischen Ordnung möglichen Fortschritte in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Klassenverhältnisse nicht oder nur auf verkrüppelte, imperialistisch deformierte Weise machen können. Ihre natürlichen Reichtümer und die Profite aus Ausbeutung der Ware Arbeitskraft werden zu einem mehr oder weniger großen Teil von den Imperialisten angeeignet. Die werktätigen Klassen und Schichten werden also doppelt ausgebeutet, über das Lohnarbeitsverhältnis durch die eigene Bourgeoisie hinaus zusätzlich von den Imperialisten.

Interessenübereinstimmung

Daraus ergeben sich in diesen Ländern Gemeinsamkeiten der Interessen zwischen allen Klassen und Schichten – einschließlich einer nationalen Bourgeoisie, die ihr Fortkommen im inländischen Markt sieht und dabei

von den imperialistischen Monopolen und Staaten behindert wird. Existenziell mit dem Imperialismus verbunden ist nur die Kompradorenbourgeoisie, deren Geschäft hauptsächlich in einer Art Hehlerfunktion für ausländische Monopole besteht. Die in der Regel mit ihr verbündeten Großgrundbesitzer haben ebenfalls ein Interesse an einer verkrüppelten Daseinsweise des Kapitalismus im eigenen Land, weil ihre Ausbeutungsmethoden noch feudale und sklavenhalterische Elemente aufweisen und die Durchsetzung normaler kapitalistischer Lohnarbeitsverhältnisse ihr Ruin wäre.

Diesen Widerspruch zwischen unterdrückten Völkern und Imperialismus muss die revolutionäre Arbeiterbewegung ausnutzen.

Zum einen ermöglichen die Extraprofiten den imperialistischen Monopolen die Herrschaftsabsicherung nach innen: einerseits mittels ausufernder, bis in die letzten Nischen der Gesellschaft und in die Privatsphäre eindringender Staatsapparate; andererseits mit materiellen Zugeständnissen an Teile des Kleinbürgertums und die oberen Schichten der Arbeiterklasse, um die Klassengegensätze in gewissem Umfang zu befrieden. Der aus den Extraprofiten stammende sog. Wohlfahrtsstaat, der eine Gemeinsamkeit nationaler Interessen von Arbeiterklasse und Bourgeoisie glaubhaft machen soll, ist ein vergiftetes Geschenk. Die Arbeiterklasse und die Volksschichten, die so an die eigene Bourgeoisie gebunden wurden, haben im 20. Jahrhundert gerade in Deutschland dafür bitter bezahlt, indem sie sich für den Klassenfeind in Annexionskriege schicken ließen. Den Völkern der Welt kostete das in den zwei Weltkriegen 80 Millionen Menschen das Leben.

Zum andern ist für die unterdrückten Völker der Hinauswurf der ausländischen Monopole und wirkliche nationale Unabhängigkeit eine Bedingung selbst auch nur kapitalistischer Entwicklung. Erst wirkliche nationale Souveränität einer nationalen Bourgeoisie über ihr Territorium stellt den Boden

her, auf dem die Klassengegensätze unverhüllt zutage treten und ausgetragen werden können. Die Arbeiterklasse hat in solchen Ländern daher ein objektives Interesse, die imperialistische Oberhoheit abzuwerfen und sich zu diesem Zweck auch mit der nationalen Bourgeoisie zu verbünden, um danach (oder im Zuge dessen) gegen diese die Machtfrage stellen zu können.

Revidierung des Völkerrechts

Historisch ist der Imperialismus das höchste Entwicklungsstadium des Kapitalismus, in dem diese Ordnung die Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten erreicht und zu faulen begonnen hat. Im 20. Jahrhundert ist das imperialistische Kolonialsystem zerschlagen worden. Doch die imperialistischen Mächte haben immer noch die Kraft zur Gegenoffensive. Vor allem seit dem Untergang des von der Sowjetunion geführten sozialistischen Lagers suchen sie unter dem Label Globalisierung eine neokolonialistische Weltordnung durchzusetzen.

Ein Mittel dabei ist die Revidierung des geltenden Völkerrechts, das nach dem Sieg über den deutschen Faschismus und der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses geschaffen wurde. Es beinhaltet die Souveränität der Staaten, die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, die Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten und die Ächtung von Angriffskriegen. Es verdankte dies insbesondere dem Aufstieg der Sowjetunion zu einer dem Imperialismus annähernd ebenbürtigen Gegenmacht und trat auch nur insoweit in Kraft, als die Macht des sozialistischen Lagers und der nationalen Befreiungsbewegungen dafür hinreichte. Heute wird offen seine Ablösung betrieben, faktisch wird es ignoriert und beiseite geschoben. Stattdessen herrschen Oberaufsicht über die schwächeren Staaten im Namen von „Demokratie und Menschenrechten“, Verletzung der Grenzen und Zerschlagung von Staaten, systematische Einmischung in die inneren Angelegenheiten, allgegenwärtige Drohung mit Krieg gegenüber Unbotmäßigen. Jedwedes Regime, das sich den imperialistischen Ansprüchen widersetzt, wird zum „Schurkenstaat“ erklärt und mit Intervention bedroht.

Unsere antiimperialistische Solidarität ist keine Caritas für die Armen in

der Dritten Welt. Vielmehr ist unsere eigene Befreiung nicht möglich, so lange Deutschland imperialistisch ist. Wir haben deshalb die Hegemonieansprüche des deutschen Imperialismus in der EU und seine Politik der Einmischung und zunehmend auch militärischer Intervention in aller Welt zu bekämpfen. Unsere Solidarität gehört in erster Linie der revolutionären Arbeiterbewegung in anderen Ländern und den kommunistischen Schwesterparteien. Und darüber hinaus haben wir ein objektives Interesse an der Verteidigung des in der UN-Charta festgeschriebenen Völkerrechts. Daran sind auch andere interessiert – sozialistische Staaten wie die VR China, Vietnam, Nordkorea und Kuba, nationale Befreiungsbewegungen, linke Regierungen wie in Venezuela, Bolivien, Ecuador oder Nicaragua. Aber natürlich auch reaktionäre Regimes wie im Iran, die die eigene demokratische und Arbeiterbewegung unterdrücken, aber berechtigterweise auf einer eigenständigen Entwicklung bestehen und sich weigern, eine imperialistische Oberhoheit zu akzeptieren.

Für die Arbeiterbewegung in den Staaten, in denen eine nationale Bourgeoisie der imperialistischen Einmischung trotzt, ist diese Bourgeoisie ein unzuverlässiger und gefährlicher Bündnispartner. Die Erfahrung lehrt, dass es buchstäblich den Kopf kosten kann, wenn es der Arbeiterklasse nicht gelingt, in antiimperialistischen Bewegungen die Führung zu gewinnen. Die Kommunisten haben für solche Bündnisse im 20. Jahrhundert mehrmals einen hohen Preis bezahlt, so in China und Indonesien, im Iran und arabischen Staaten wie dem Irak unter Saddam. Trotzdem bleibt die Politik der Einheitsfront gegen den Imperialismus, die nach Möglichkeit auch Teile der Bourgeoisie einschließt, richtig, weil nur sie die Bedingungen für die Befreiung auch von der nationalen Bourgeoisie herstellen kann.

Der imperialistischen Propaganda, die imaginäre Feinde wie den „Terror“ oder den „islamischen Fundamentalismus“ erfunden hat, die sich scheinheilig auf Demokratie und Menschenrechte gegen „despotische Regimes“ beruft, um hinter einer moralischen Fassade die eigene Dominanzpolitik zu verstecken, darf keinen Millimeter nachgegeben werden. Duldung jeglicher imperialistischer Einmischung darf es

für Antiimperialisten nicht geben, und sog. demokratische Bewegungen in bedrohten Ländern dürfen nur dann unsere Sympathie finden, wenn sie sich zugleich gegen diese Einmischung wenden. „Bunte Revolutionen“, die sich auf die bürgerliche Demokratie berufen, sind – gleich, ob sie das wollen oder nicht – Hilfskräfte des Imperialismus.

Die Schlussfolgerung für uns heute sind: Bundeswehr raus aus Afghanistan! Bundeswehr raus aus Mali! Hände weg von Syrien und Iran! Keinerlei Sympathie für westlich inspirierte oder instrumentalisierte „Regime Change“-Bewegungen und „bunte Revolutionen“, für die Umtriebe der sogenannten NGOs, die sich für die sogenannte Zivilgesellschaft und angeblich für universell gültige Menschenrechte in die inneren Angelegenheiten der vom Imperialismus bedrohten Staaten einsetzen!



WORAN DIE US-AGGRESSION IN VIETNAM SCHEITERTE

Ende August 1967 verweigerten über hundert schwarze Infanteristen der 1. Panzerdivision der US-Army den Einsatz gegen eine Antikriegsdemonstration in Chicago. Der Kommandeur der Division ließ 43 der Soldaten wegen Befehlsverweigerung festnehmen. Jonatan Neale schrieb in seinem 2004 erschienen Buch „Der amerikanische Krieg. Vietnam 1960–1975“, dass im Pentagon damals Befürchtungen wuchsen, es könnte zu Ereignissen wie in Russland 1917 und in Deutschland 1918 kommen. Anlass war u. a. eine Demonstration von Veteranen des 2. Bataillons der Marines in Philadelphia, die unter der Losung stattfand: „Alle Macht dem Volke.“

Es gab etwa 300 Gruppen oder Komitees wie „GIs für den Frieden“ und „GIs gegen den Krieg“ oder „Vereinigte GIs gegen den Krieg“. Ihre zahlreichen Zeitschriften erreichten monatlich Hunderttausende. Von „Vietnam GI“, die in Chicago mit einer Auflage von 15.000 erschien, wurden 3000 Exemplare an Soldaten in Südvietnam verschickt. Aufsehen erregten die Demonstrationen der Vietnamveteranen, die in ihren alten Uniformen und Kampfanzügen aufmarschierten. Sie schilderten, zu welchen Verbrechen an der Zivilbevölkerung sie gezwungen worden waren. Viele von ihnen gaben ihre Kriegsauszeichnungen zurück.

In Südvietnam, wo die Masse der US-Soldaten sich aus Arbeitern, darunter viele schwarze, rekrutierte, war inzwischen eine regelrechte „Revolte der GIs“ gegen den Krieg im Gange. Sie erfasste zahlreiche Truppenteile, und die Kriegsgerichtsbarkeit wurde zunehmend der Lage nicht mehr Herr. Es kam zu Befehlsverweigerungen, zum Angriff anzutreten. In manchen Einheiten entstanden so etwas wie Soldatenräte, auch wenn sie sich nicht so nannten. Viele Kompaniechefs mussten immer öfter mit ihren Soldaten über die Bedingungen des Vorgehens verhandeln.

Gegenüber verhassten Offizieren und Feldwebeln wurde das „Fragging“ (Zersplittern durch eine Handgranate) praktiziert. Wenn Offiziere oder Feldwebel nicht bereit waren, mit den Soldaten zu kooperieren, wurden sie auf diese Weise umgebracht oder im Gefecht einfach erschossen. Über 1000 Offiziere und Unteroffiziere sind schätzungsweise durch ihre eigenen Leute umgelegt worden.

Nachdem die südvietnamesische Befreiungsfront FNL bei den 1970 eröffneten Friedensverhandlungen in Paris öffentlich erklärte hatte, sie werde nicht auf Einheiten schießen, die gegen sie nicht das Feuer eröffnen, trugen viele amerikanische Soldaten rote Armbinden als Zeichen für den Vietcong, dass sie nicht kämpfen wollten. Danach häuften sich Befehlsverweigerungen. Zwischen 1966 und 1972 kam es zu 423.422 Desertionen und unerlaubten Entfernungen von der Truppe – dreimal höher als zu irgendeinem Zeitpunkt des Koreakrieges.

Und als 1972 der Luftkrieg gegen Nordvietnam ausgeweitet wurde, kam es auf allen beteiligten Flugzeugträgern zu Unruhen. 1971 gab es auf Kriegsschiffen laut einer Kongressuntersuchung 488 Beschädigungen oder Versuche dazu, 191 Sabotageakte und 135 Brandstiftungen. Während der mörderischen Bombardements auf Hanoi im Dezember 1972 verweigerte der Phantom-Pilot Captain Dwight Evans den Einsatz, und Captain Michael Heck lehnte es ab, mit seiner B-52 zu starten. Er hatte bis dahin 200 Kampfeinsätze geflogen.

Die Juni-Ausgabe 1971 des Armed Forces Journal schrieb: „Moral, Disziplin und Kampfbereitschaft der US-Streitkräfte befinden sich mit einigen wenigen herausragenden Ausnahmen auf einem Tiefpunkt und in einem schlimmeren Zustand als jemals zuvor in diesem Jahrhundert, vielleicht so-

gar in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Nach jedem nur denkbaren Maßstab steht unsere Armee, die sich jetzt noch in Vietnam aufhält, vor dem Zusammenbruch. Ganze Einheiten weichen dem Einsatz aus oder verweigern ihn, sie ermorden ihre Offiziere und Unteroffiziere, sind drogensüchtig und mutlos oder stehen kurz vor der Meuterei.“ [1]

Solidarität weltweit

Die anfangs erwähnte Demonstration war Teil der „Frühjahrsmobilisierung“ der amerikanischen Friedensbewegung, die am 15. April 1967 in New York und San Francisco mit 500.000 Teilnehmern die bis dahin größte Antikriegsdemonstration auf die Beine brachte. Die Bewegung schloss Proteste der Studenten und Intellektuellen, Aktivitäten von Gewerkschaftern, Anhänger Martin Luther Kings, der Black Power, der Socialist Workers Party und der Kommunisten mit ein. „Die Antikriegsbewegung war überall, auf fast jedem nennenswerten Stützpunkt“, schrieb Neale.

Die Solidaritätsbewegung breitete sich in vielen Ländern der Welt aus. Auch in der BRD fanden Hunderte von Demonstrationen statt und zahlreiche Vietnam-Komitees organisierten das Verstecken von amerikanischen Fahnenflüchtigen, sammelten Geld für humanitäre, aber auch militärische Zwecke. An Schulen, Universitäten, in Betrieben und Stadtteilen gründeten sich Vietnam-Ausschüsse.

Während die Bundesrepublik politisch und wirtschaftlich, personell und moralisch, aber auch durch verdecktes militärische Engagement die USA und ihr südvietnamesisches Marionettenregime unterstützte, stellte die DDR sich moralisch und mit beträchtlicher materieller Hilfe an die Seite des vietnamesischen Volkes. Die entscheidende Rolle für den Befreiungskrieg Vietnams spiel-

te jedoch die an der Spitze des sozialistischen Lagers stehende UdSSR. Ohne ihren militärischen Beistand wäre der vietnamesische Sieg nicht möglich gewesen.

Den Ausschlag gab jedoch der Widerstandswille des vietnamesischen Volkes. Trotz barbarischer Kriegsführung der USA war der Widerstand nicht zu brechen. Zu erinnern ist an die bestialischen Verbrechen der US-Soldateska in My Lai am 16. März 1968. Sie waren kein Einzelfall, wie US-Präsident Nixon später der Weltöffentlichkeit einzureden versuchte, sondern Tag für Tag gängige Praxis, um die Bevölkerung daran zu hindern, den Befreiungskämpfern Unterstützung zu geben. Die Zahl der ermordeten Zivilisten geht in die Hunderttausende.

Die kommunistische Partei Vietnams mit ihrem legendären Gründer Ho Chi Minh verstand es, die Traditionen nationalen und antikolonialen Widerstandes zu mobilisieren. Seine herausragende Führerpersönlichkeit zeigte sich selbst nach seinem Tod. Denn als er 1969 starb, hinterließ er nicht – worauf seine Feinde spekuliert hatten – ein Vakuum, sondern eine kampfgeklärte Partei mit einem Füh-

rungskollektiv und ein von seinem Unabhängigkeitswillen beseeltes Volk, die sein Werk fortzusetzen.

Der Sieg des vietnamesischen Volkes war auf drei Faktoren zurückzuführen

- auf den heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes, der sowohl politisch wie militärisch von der Kommunistischen Partei in vorbildlicher Weise geleitet wurde
- auf den entschlossenen und mutigen Widerstand in der US-Army, der vor allem von schwarzen Soldaten getragen wurde [2]
- und auf die weltweite Solidaritätsbewegung, insbesondere auf die Unterstützung durch die sozialistischen Länder.

Die Liquidierung des sozialistischen Blocks in Europa hatte neben dem über dessen Völker gebrachten sozialen Elend eine wachsende Aggressivität des Imperialismus zum Ergebnis. Wichtige Positionen des Völkerrechts konnten zerschlagen werden, was die ungehinderte Missachtung der Souveränität von Libyen, die Völkerrechtsverbrechen gegen den palästinensischen Widerstand oder die Kriegsdrohungen gegen den Iran zur Folge hatte.

Gegenwärtig scheint es, dass die weltweiten neokolonialen Eroberungsfeldzüge des Imperialismus, bei denen sich neben den USA die Bundesrepublik hervortut, kaum zu stoppen sind. Deshalb erinnern wir an die Erfahrungen des weltweiten Widerstandes gegen die damals wie heute größte Kriegsmaschine der Welt. Trotz des ungünstigen aktuellen Kräfteverhältnisses sollten wir nicht vergessen, was die Vietnamesen während ihres Kampfes in unerschütterlicher Überzeugung verkündeten: Die Aggressoren werden am Widerstandswillen, am Freiheits- und Unabhängigkeitsdrang der Völker scheitern.

Quellen und Anmerkungen:

[1] S. Gerhard Feldbauer: „Die nationale Befreiungsrevolution Vietnams. Zum Entstehen ihrer wesentlichen Bedingungen von 1925 bis 1945“, Pahl Rugenstein 2008. Und Irene und Gerhard Feldbauer: „Sieg in Saigon. Erinnerungen an Vietnam“. Ebenda, 2005, 2. Auflage 2006.

[2] Diese Erfahrung führte dazu, dass die Wehrpflicht in den USA „ausgesetzt“ und eine Berufsarmee etabliert wurde.



Renate Münder

STRATEGIEN DER REKOLONISIERUNG – VOR 100 JAHREN ERPROBT

Nach de Maiziere ist „ethisch eine Waffe stets neutral zu betrachten“ [1], vor allem, wenn es sich um eine so nützliche Waffe wie die Kampfdrohne handelt. Der Gegner kann gezielt vernichtet und die Bevölkerung terrorisiert werden, ohne dass deutsche Soldaten im Einsatz wären, und das alles äußerst kostengünstig. Nicht zuletzt hofft die Rüstungsindustrie auf ein Bombengeschäft, was Deutschlands Stellung als drittgrößter Rüstungsexporteur weiter stärken würde.

Merkel-Doktrin: Panzer statt Soldaten

Kernstück eines auch als „Merkel-Doktrin“ bezeichneten „Gestaltungsmächte-

konzepts“ der Bundesregierung sind Rüstungsexporte. „Panzer statt Soldaten“ heißt es griffig beim „Spiegel“ [2]. Doch auch Kleinwaffen für den Einsatz in den aktuellen (Bürger)-Kriegen, atomwaffenfähige U-Boote und Kriegsschiffe stehen im Angebot. Die Waffenexportbeschränkungen werden heruntergefahren, die „außen- und sicherheitspolitischen Interessen“ gehen vor. [3]

Das Konzept freut Industrie und Militär: die Rüstungsexporte ziehen die Lieferung von Ersatzteilen nach, die belieferten Armeen sind interessiert an deutschen Ausbildern sowie an gemeinsamen Übungen mit der Bundeswehr. Am Ende des Prozesses soll dann die Übernahme des deutschen Militär-

systems stehen. Dass die Kunden wie bei Saudi-Arabien häufig islamistische Kräfte sind – die ja angeblich bekämpft werden müssen – spielt keine Rolle. Kriterium ist einzig und allein die Bereitschaft zur Kooperation. Der schnelle Entschluss zur Installierung von Patriot-Raketen in der Türkei dient nicht nur der Unterstützung der syrischen Opposition, es ist auch eine demonstrative Geste gegenüber der Türkei, die sich zur Regionalmacht aufschwingen will.

Das Ziel des sog. „Gestaltungsmächtekonzepts“ vom Februar 2012 ist die Stärkung des globalen Einflusses Deutschlands durch Kooperation mit regionalen Mächten. „Globalisierung gestalten – Partnerschaften aufbauen –



Verantwortung teilen“, so das Motto[4]. „Länder- oder regionenspezifische Task Forces“ aus Mitarbeitern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums sollen unter „Einbeziehung von Think Tanks und externer fachlicher Expertise“ eine „frühzeitige Lage- und Machtstrukturanalyse“ der jeweiligen Krisenregion vornehmen und eventuell dort vorhandene „Kooperationspartner“ ausfindig machen, heißt es. [5]

Dass der Krieg mit einheimischen Truppen geführt werden soll, um die deutschen Verluste zu minimieren, ist für die Bundesregierung ein weiterer Vorteil des Konzepts. Auch in Afghanistan wird nun eine „beratende Rolle“ angestrebt, d. h. „Training, Ausbildung, Unterstützung“ [6], kein Kampfmandat mehr. Diese koloniale Kriegsstrategie wurde schon von den USA z. B. in Vietnam angewendet, und auch das kaiserliche Deutschland kannte sie: Askari hießen die schwarzen Hilfstruppen in Ostafrika.

Umbau der Bundeswehr

Die Merkel-Doktrin bedeutet dennoch kein völlig neues Konzept der Außenpolitik, sie flankiert den grundlegenden Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee. De Maiziere hat 2011 sogar mehr deutsche Kriegseinsätze als bisher gefordert.

Der Übergang von einer Wehrpflichtarmee zu einer verkleinerten Freiwilligen- und Berufsarmee bedeutet ganz und gar nicht eine Schwächung oder gar ein Zeichen der Abrüstung. Die „Armee im Einsatz“ wird von qualitativ hoch ausgerüsteten Kampftruppen dominiert sein. Eine Interventionsarmee kann mit Wehrpflichtigen nicht viel anfangen, weil sie bestens ausgebildete Spezialisten benötigt und Soldaten wie einen Oberst Klein, die ohne Skrupel handeln und die auch zum Einsatz gegen die eigene Bevölkerung taugen.

Die deutschen Heereskampftroepen verfügen seit 2012 „über das modernste Infanteriesystem der Welt“ [7], geliefert von den Rüstungskonzernen Rheinmetall, EADS und Thales, die für seine Entwicklung Forschungskosten in zweistelliger Millionenhöhe erhielten.

Für die Auslandseinsätze wurde im Jahr 2000 als zentrale Kommandostelle die Streitkräftebasis (SKB) in Potsdam geschaffen. Sie hat weitreichende Kompetenzen und ist damit einem Generalstab vergleichbar, den es nie wieder geben sollte in Deutschland. Sie soll Bundeswehr und ausländische Streitkräfte, aber auch Politik und Gesellschaft miteinander verbinden, sie soll Einfluss auf die Forschung an den Hochschulen nehmen, und selbst die Feldpost wie die Feldjäger unterstehen ihr. Sie schickt Jugendoffiziere an die Schulen und arbeitet zielstrebig auf die Militarisierung der gesamten Gesellschaft hin.

EU-Militär

Der Umbau der Bundeswehr ist eingebettet in die Militärstrategie der NATO, wo die USA nach wie vor die bestimmende Macht sind. Trotz der ambitionierten Aufrüstung der Bundeswehr könnte nur eine gemeinsame EU-Streitmacht mit der militärischen Bedeutung des US-Imperialismus gleichziehen. Deutschland setzt deshalb auf die Militarisierung der EU, das EU-Hauptquartier steht unter seiner Führung. Bei den meisten multinationalen Einsätzen von NATO und EU stellt Deutschland die größten Kontingente. Im Kosovo spielt die Bundeswehr seit Jahren faktisch die Rolle einer Besatzungsmacht. Mit bisher 17 Einsätzen seit 2003 sieht die Bilanz der EU-Armee erheblich aus, aber ihre Bedeutung ist im Vergleich zu Kampfeinsätzen wie in Afghanistan wesentlich geringer.

Mit dem Vertrag von Lissabon, der Ende 2009 in Kraft trat, wurde eines der wichtigsten Ziele der Europäischen Verfassung trotz ihres Scheiterns umgesetzt, nämlich die EU zum Militärbündnis gemacht. Diese Entwicklung liegt auch im Interesse der USA, die seit Jahren von den Staaten der EU größere militärische Anstrengungen fordern, weil sie den größten Teil ihrer Streitkräfte an den Pazifik verlagern möchten. Dort gilt es, die VR China einzukreisen. Um im „pazifischen Jahrhundert“ den Anschluss nicht zu verpassen, intensiviert die Bundesregierung die Einbindung deutscher Kriegsschiffe in Carrier Strike Groups (Flugzeugträgerkampfgruppen) der US-Navy.

Die Grenzen der EU-Armee werden durch die widersprüchlichen Interessen der europäischen Mächte gezogen. So

schlossen Frankreich und Großbritannien 2011 ein Verteidigungsabkommen, um die deutsche Vormachtstellung in der EU zu durchbrechen. Seine Bewährungsprobe bestand es im Libyenkrieg. Die deutsche Regierung saß zwischen den Stühlen. Denn während Frankreich, unterstützt von Großbritannien, auf den Krieg drängte, musste die deutsche Regierung Prügel für ihre Zurückhaltung einstecken. Sie steckte in dem Dilemma, für die Interessen Frankreichs einzutreten oder beiseite zu stehen und auch das Nachsehen zu haben. Bei Mali fiel die Entscheidung anders aus, obwohl es auch dort hauptsächlich um die Interessen Frankreichs geht. Entsprechend zurückhaltend ist der Einsatz: die Bundeswehr schickt Ausbilder für die malische Armee und unterstützt die Franzosen durch Transporthilfen und Luftbetankung – „Kampfeinsätze sind in den Mandaten nicht vorgesehen!“ [8]. Kämpfen sollen vor allem die mali-schen Soldaten.

Es waren die alten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien, die die Initiative ergriffen und Deutschland unter Druck setzten, sich ihnen anzuschließen. Die Kriegsziele sind dabei nicht bloß als Ressourcensicherung zu sehen. Es gilt für den Imperialismus, Präsenz zu zeigen, Regierungen zu stützen, die kooperieren wollen (das ist in Mali der Fall), oder an die Macht zu bringen und Befreiungsbewegungen schon im Keim zu zerschlagen.

Neuaufteilung der Welt

Deutschland hat in wenigen Jahren die Ziele erreicht, für die es im 20. Jahrhundert vergeblich zwei Kriege geführt hat. Von den Fesseln des Potsdamer Abkommens befreit, größer geworden durch die Einverleibung der DDR, profitierte es am meisten von der Ausdehnung der EU nach Osteuropa.

Trotzdem ist seit längerem klar, dass ökonomische Stärke nicht ausreicht, auf Dauer diese Stellung zu halten. Die Wirtschaft lancierte das Schlagwort, der Industriestandort Deutschland sei in Gefahr. Es geht ihr um Rohstoffe und Einflussphären, um die Kontrolle über die Wasserreserven und die Lebensmittelproduktion. Die Rohstoffallianz, gegründet von Großkonzernen wie Bayer, BASF, Bosch, Thyssen-Krupp fordert eine „strategisch ausgerichtete Außenwirtschafts- und Sicherheitspoli-

tik“, wie ihr Vorsitzender Dierk Paskert im Handelsblatt verlauten ließ. [9]

Der deutsche Imperialismus hält sich verschiedene Optionen offen: er forciert den Aufbau von EU-Truppen als Gegengewicht zu den USA, kooperiert gleichzeitig mit dem US-Imperialismus und baut die Bundeswehr zur Interventionsarmee um. Der Schwerpunkt liegt auf der EU, ohne das Bündnis mit den USA aufzukündigen und gleichzeitig die Stärke zu gewinnen, auch alleine eingreifen zu können. Dabei ist die Einigkeit innerhalb der EU brüchig, die EU-Armee kommt nicht voran. Es wird immer deutlicher, dass es eine gemeinsame EU-Armee unter einheitlichem Oberbefehl nicht geben wird – keine imperialistische Macht gibt ihr Gewaltmonopol freiwillig auf – sondern es wird bei einzelnen Brigaden unter unterschiedlicher nationaler Oberhoheit bleiben. Dass die Bundesregierung dies auch so sieht, zeigt die Absage an eine gemeinsame europäische Armee durch Kriegsminister Thomas de Mai-

zière auf der diesjährigen Münchener Sicherheitskonferenz. [10]

Die Kriege gegen die unterentwickelt gehaltenen Völker sind vom gemeinsamen Willen der Imperialisten getragen, diese Länder auszubeuten und in Anhängigkeit zu halten. Vom Kolonialstatus unterscheidet sie nur die formale Souveränität. Gleichzeitig geht es aber auch darum, wer davon am meisten profitiert, die Kriege sind letztlich Stellvertreterkriege, in denen die Imperialisten ihre Kräfte messen.

Selbst die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, führende Denkfabrik der Bundesregierung kommt zu dem Schluss: „Wenn Russland, China, Indien, die USA und andere Mächte permanent um Interessensphären streiten, sich belauern und zu übertrumpfen suchen, sind wir wieder da angelangt, wo Europa vor dem ersten Weltkrieg stand. Der Ausbruch eines großen Krieges wird wieder denkbar, zumindest Stellvertreterkriege sind zu erwarten.“ [11]



Johannes Magel

ZU EINIGEN UNTERSTELLUNGEN UND UNWAHRHEITEN GEGENÜBER DER KKE

Liebe Genossinnen und Genossen,

dieser Parteitag ist in mancherlei Hinsicht außergewöhnlich. Insofern passt mein Diskussionsbeitrag recht gut in den Rahmen unserer Diskussion: Er hat nämlich zwei Urheber. Ich möchte zu einigen Aspekten der Politik unserer griechischen Schwesterpartei KKE sprechen. Da ich kein Experte für die griechischen Verhältnisse bin, habe ich diesen Diskussionsbeitrag zusammen mit dem Genossen Udo Paulus, den ihr als UZ-Autor kennt, erarbeitet. Udo und ich, werden uns also eure kritischen oder zustimmenden Worte solidarisch teilen.

Es gibt in unserer Partei eine Reihe von Genossinnen und Genossen, die Informationen über mutmaßliche oder auch tatsächliche taktische und strukturelle Fehler der griechischen Partei aufgreifen, um die dialektisch-materialistische Krisen-Analyse un-

serer griechischen Genossinnen und Genossen in Frage zu stellen und ihnen die Solidarität bezüglich ihrer klassenmäßigen Strategie zu entziehen. Ich frage mich, warum diese Genossinnen und Genossen unserer Partei z. B. kein Wort über den Kurs der französischen Partei verlieren, die erst jüngst dem neuen französischen Kolonialkrieg in Mali ihren Segen erteilt hat. Diese Parteimitglieder informieren sich in aller Regel aus zweiter Hand; vornehmlich vertrauen sie Informationen aus dem Spektrum der Linkspartei. Nun müssen solche Informationen nicht falsch sein. Auf die direkte Information unmittelbar aus den Reihen der KKE zu verzichten, führt – wie nicht selten geschehen – zu politischen Schlussfolgerungen, die diametral gegen den aufopferungsvollen Kampf der griechischen Werktätigen und unserer griechischen Genossinnen und Genossen gerichtet sind.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] www.welt.de, 03.08.2012
- [2] DerSpiegel31/2012, www.spiegel.de, 30.07.2012
- [3] Martin Lindner (FDP), Interview im Deutschlandradio Kultur, 31.07.2012
- [4] www.auswaertiges-amt.de, 2012, S. 5, zitiert nach Julian Engerer, IMI Ausdruck Dezember 6/2012, S. 13
- [5] Auswärtiges Amt/Bundesministerium der Verteidigung/Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten – Ressortübergreifende Leitlinien. Berlin, August 2012
- [6] www.faz.net 22. 02. 2013
- [7] Wehrtechnik 1/2010, zitiert nach Arno Neuber, Afghanistan vor der Offensive, Marxistische Blätter 3/2010
- [8] n-tv.de, 02.03.2013
- [9] http://wirtschaft.t-online.de/rohstoffindustrie-verlangt-strategisch-ausgerichtete-aussenpolitik/id_62210842/index, Handelsblatt, 19.02.2013
- [10] SZ, 01.02.2013
- [11] Zitiert nach Ulrich Speck, Pfeiler der Freiheit, Internationale Politik, Mai/Juni 2012

Hier seien einige Unwahrheiten und nicht belegbare Unterstellungen gegenüber der KKE genannt, die auch in der sogenannten „Stellungnahme aktiver und ehemaliger Betriebsarbeiter, Betriebsräte und Gewerkschafter in der DKP“ stereotyp wiederholt werden, obwohl bei gründlichem Lesen der UZ-Berichterstattung zur KKE in den vergangenen fünf Jahren sich jede Unterzeichnerin und jeder Unterzeichner längst ein differenziertes Bild zur Politik unserer griechischen Schwesterpartei hätte machen können. Einige Genossinnen und Genossen, die diesen Aufruf unterschrieben haben, sind ja auch hier im Saal.

Es ist falsch, dass die KKE die derzeitige Phase der Klassenkämpfe als Zeitpunkt der Revolution ansieht. Damit ist auch klar, dass die KKE nicht davon ausgeht, dass die Ausrufung des Sozialismus auf der Tagesordnung steht. Nicht einmal das aktuell von



der KKE als *Volksmacht* (*laiki exousia*) bezeichnete Ziel wird als Sozialismus verstanden. Daraus folgt unschwer: Die KKE hat den Sozialismus nie als unmittelbares Nahziel formuliert. Wobei sie gleichwohl nicht bereit ist, den aktuellen Widerstandskampf und den Kampf um die *Volksmacht* vom sozialistischen Ziel abzukoppeln.

Es ist nicht nur falsch, sondern auch verleumderisch, die PAME als „RGO-Ableger der KKE“ zu titulieren. Wer so formuliert und über den Klassenkampf in Griechenland denkt, hat – gelinde gesprochen – keine Kenntnisse über die Gewerkschaftsbewegung in Griechenland. Die Dachgewerkschaften haben seit ihrer Neugründung nach der Junta nie aktiv die Interessen der arbeitenden Menschen vertreten. Sie sind ein typisches Konstrukt des griechischen *Klientensystems* – dieses System, das darin besteht, Teile der Arbeiterklasse durch Begünstigung politisch und ideologisch an die jeweils herrschenden Eliten zu binden. So werden die Gehälter der Funktionäre dieser Dachgewerkschaften weitgehend vom Staat bezahlt. Die Fälschung von Gewerkschaftswahlen ist an der Tagesordnung. Seit Andreas Papandreous Zeiten sind diese Dachgewerkschaften maßgeblich mit daran beteiligt, die korrupte Klientelpolitik im Interesse staatsmonopolistischer Verwaltung zu installieren und zu festigen.

Die PAME ist neben den unzähligen kleinen und kleinsten Basisgewerkschaften die klassenkämpferische Gewerkschaftsorganisation schlechthin. Die PAME ist als einzige landesweit organisiert, wobei die Basisverankerung keineswegs überall gleich gut und insgesamt auch noch nicht ausreichend ist. Allerdings reicht ihre gewerkschaftliche Stärke, um die Dachgewerkschaften in den vergangenen Jahren immer wieder zur Ausrufung von Generalstreiks zu zwingen, wie auch jüngst am 20. Februar. PAME ist die Hauptkraft der gewerkschaftlichen Massenmobilisierung in Griechenland. Es ist noch nicht lange her, da haben die Dachgewerkschaftsvertreter in den Städten kleinerer Bezirke ihre Kundgebungen am Tage der Generalstreiks in trauter Runde mit den Herren Bürgermeister und Parlamentariern im Saal des Gewerkschaftshauses abgehalten. Ganz anders die PAME: Sie organisiert mit Unterstützung der KKE den Klassenkampf in den Betrieben und auf der Straße.

Es ist unwahr, dass die KKE „halsstarrig“ jedes Wahlbündnis ablehnt. Sie ist historisch in Wahlbündnissen aufgetreten und wird in Zukunft keineswegs dogmatisch jedes Wahlbündnis ausschließen. Aktuell wie auch historisch kann sie sich hingegen an keiner Regierungskoalition beteiligen, wenn die Illusion geweckt wird, ohne Aufkündigung der Maastricht-Kriterien, ohne Ablehnung der Aufrüstungsverpflichtung durch den Lissabon-Vertrag, ohne die Streichung kriegsbeitragender Verpflichtungen durch die NATO-Verträge und nicht zuletzt ohne Unterschriften-Entzug unter die Frontex-Abmachungen könnten irgendwelche Reformwege im Interesse der Volksmassen geöffnet werden. Wer derartige Illusionen weckt, wie es weiland bereits Georgios Papandreou in seinem Wahlkampf 2009 tat, landet gewollt oder ungewollt im Lager bürgerlicher Krisenbewältigung. Unter den gegenwärtigen Umständen würde die KKE bei einer Regierungsbeteiligung gezwungen sein, sich an der Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen zu beteiligen. Eine solche Politik würde jedes marxistisch-leninistische Grundverständnis darüber aufgeben, was Verteidigung der Interessen der Werktätigen bedeutet. Patrik Köbele hat im Juli 2012 in der Ausgabe 29 von *Theorie & Praxis* ausführlich zu dieser Frage unter dem Titel *Das Dilemma der KKE* argumentiert.

Unwahr ist zudem, dass die KKE „Aktionseinheit am besten bei sich aufgehoben“ sähe. Wer die Arbeit der griechischen Genossinnen und Genossen nur ein wenig kennt, wie sie täglich um die Erweiterung ihrer Bündnisstrukturen ringen, würde derart herabwürdigende Polemik vermeiden. Ob in den Betrieben, den Stadtteilen und Dörfern oder auf der Straße, ständig versuchen unsere Genossinnen und Genossen die Aktionseinheit auf Klassenbasis – worauf denn sonst! – zu erweitern. Ihnen fehlt der Zugang zu den Massenmedien. Sie werden nicht hofiert wie SYRIZA. Sie diskutieren mit den Vertretern der Basisgewerkschaften um die Einheit im Klassenwiderstand. Sie haben im Bündnis mit der Bauernorganisation PASY zunehmenden Einfluss auf den bäuerlichen Widerstand. Die Trecker-Blockaden der letzten Monate demonstrieren die gewachsene Stärke des Bündnisses zwischen PAME und PASY. Bei den kleinen Gewerbetreibenden

den gewinnt die PASEBE im Bündnis mit PAME zunehmend an Gewicht. Bei den Vertreterwahlen der Schüler und Studenten vergrößern Organisationen, die sich mit PAME zusammenschließen, ständig ihre Anteile.

Ein Dissenzpunkt, der im Zusammenhang mit der KKE-Politik ständig vorgebracht wird, ob mit der Absicht gegen die KKE zu polemisieren oder in der ehrlichen Sorge um ein eventuelles Abrutschen der Partei in linksradikale Gefilde, sei abschließend noch angesprochen. Dieser Aspekt betrifft die Frage des Übergangs oder der Übergänge zum Sozialismus. Auch Patrik Köbele hat das in seiner Erwiderung zu besagtem Aufruf als Kritik formuliert, die KKE negiere ein Zwischenstadium auf dem Weg zur sozialistischen Revolution. Es kann sein, dass es hier tatsächlich inhaltliche Meinungsverschiedenheiten gibt. Zuvor sollte aber geklärt werden, inwieweit Sprachhürden uns im Wege stehen; wir sollten bedenken, dass die Erklärungen der KKE häufig zweimal übersetzt werden, bevor wir sie lesen: vom Griechischen ins Englische und von dort ins Deutsche. Wenn wir hier an wirkliche oder mutmaßliche Meinungsverschiedenheit herankommen wollen, sollten wir sehr sorgfältig arbeiten. Wer die UZ-Artikel von Udo Paulus, der ja aus der konkreten Widerstandserfahrung vor Ort berichtet, in den vergangenen Jahren aufmerksam gelesen hat, wird folgende Punkte über die Politik der KKE erfahren haben: Die KKE verfügt über ein umfassendes Reformprogramm, das sie allerdings entsprechend ihrer keineswegs nationalstaatlich eingegengten revolutionären Grundhaltung in den Zusammenhang mit dem Sturz des kapitalistischen Systems stellt und zur Errichtung der *Volksmacht* aufruft, die im revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus den Weg zum Sozialismus öffnen wird.

Die angestrebte *Volksmacht* wird in der Tradition aus den Zeiten der Besatzung und des Bürgerkrieges gesehen, als im Befreiungsbündnis EAM proletarische und bürgerliche Kräfte ein – in unserer Begrifflichkeit gesprochen – antimonopolistisches Bündnis bildeten, das große Teile Griechenlands dem Zugriff des deutschen und britischen Imperialismus entriss. Identisch mit dem, was wir im Mannheimer Programm formuliert hatten, sieht auch die griechische Partei darin keine selbstständige

Gesellschaftsformation, sondern den revolutionären Umsturzprozess für den Übergang zum Sozialismus, der – wie schon gesagt – keineswegs als Nahziel bezeichnet wird.

Ich möchte abschließend daran erinnern, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten in der kommunistischen Bewegung der Grundsatz gefestigt hat, dass jede Partei ihre strategischen Orientierungen in eigener Verantwortung entwickelt. Ich meine, dass der Organisationszustand und der Masseneinfluss unserer Partei ein gewisses Maß an Bescheidenheit begründet, insbesondere bezüglich öffentlicher Ratschläge

gegenüber einer Partei, die über ganz erheblichen Masseneinfluss in ihrem Land verfügt. An die Unterzeichner des sogenannten Gewerkschafteraufrufs gerichtet sage ich: Es ist ein nicht akzeptabler Bruch der Solidarität mit einer kämpfenden Partei wie der KKE, wenn man sie öffentlich zum Prügelknaben macht, um in Wahrheit die innerparteilichen Kontrahenten zu treffen.

Was uns zusteht ist, ggf. Fragen und Meinungsunterschiede mit unserer griechischen Schwesterpartei solidarisch und geduldig zu klären und uns ansonsten ohne Wenn und Aber mit dem – ich sage es bewusst

pathetisch! – heroischen Kampf der griechischen Werktätigen und der griechischen Kommunistischen Partei zu solidarisieren und sie zu unterstützen, wo immer wir können!

Manuskript eines Diskussionsbeitrags für den Parteitag der DKP Anfang März 2013 in Mörfelden, der aber im Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit dort nicht gehalten werden konnte. Der Beitrag wurde vom Autor in enger Zusammenarbeit mit Udo Paulus geschrieben.



Rainer Perschewski

GEWERKSCHAFTSPOLITIK AUF DEM PRÜFSTAND

„Gewerkschaften in der Krise“ in der Schriftenreihe „konsequent“ der DKP Berlin

Seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2007/2008 ist im zunehmenden Maße festzustellen, dass die deutsche Bourgeoisie es schafft, ihre Machtbasis auszudehnen. Das ist für Kommunistinnen und Kommunisten keine überraschende Entwicklung. Es ist klar, dass in der Krise die Karten neu gemischt werden. Die Bundeskanzlerin hatte im Januar 2009 in ihrer Regierungserklärung zur Wirtschaftssituation deutlich gemacht, dass es ihr nicht nur um ein Überstehen der Wirtschaftskrise geht, sondern dass Deutschland aus dieser Krise stärker herauskommen soll. Es geht um eine neue Machtverteilung unter den Imperialisten. Was das konkret bedeutet, haben die Werktätigen in ganz Europa in den letzten Jahren immer mehr zu spüren bekommen. Die Krisenlasten werden auf die Arbeiterklasse abgewälzt. Das bedeutet Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, Sozialabbau und die Erhöhung der Massensteuern. Das bedeutet Verelendung in bisher unbekanntem Ausmaß – die Politik der letzten Jahre war nur ein kleiner Vorgesmack.

Die Durchsetzung der Politik der Deregulierung und des sozialen Kahlchlags mit all seinen Folgen läuft zwar nicht ohne Widerstand ab, es wird ihr aber keine organisierte Bewegung entgegengesetzt. Gewerkschaften wären

hierzu in der Lage, aber die Verantwortlichen in den Gewerkschaften haben die Änderungen eher mitgetragen, sowohl die Agenda 2010 der rot-grünen Regierung, wie auch die politischen Angriffe auf weitere soziale Standards. Mit Standortsicherungsverträgen wurden Flächentarife ausgehöhlt, bei Standortschließungen und Massenentlassungen reagierten die Gewerkschaften mit Verzichts- und Konzessionspolitik, genannt „zurückhaltende Lohnpolitik“. Heute weisen selbst die gewerkschaftseigenen oder -nahen Institute auf den Zusammenhang von zu geringen Lohnsteigerungen mit den Exportüberschüssen und damit der Situation der „Staatskrisen“ wie in Griechenland oder in Zypern hin – oder, um dies deutlicher zu formulieren: Das „Billiglohnland“ Deutschland und die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft haben nach Meinung dieser Institute eine direkte Verantwortung für die Situation in den südeuropäischen Staaten.

Ein krönendes Negativbeispiel ist das Verhalten der IG Metall, der größten Industriegewerkschaft weltweit, in der Lohnrunde 2010. Sie verzichtete faktisch auf jede Lohnforderung und verkaufte den Verlust für die Beschäftigten noch als Sieg. Das Ganze läuft unter der Überschrift *Lohnanteile gegen Jobgarantie* – was noch nie funktioniert

hat. Das haben Belegschaften in der Vergangenheit immer wieder erfahren müssen. Sie haben verzichtet und wurden kurz darauf vor die Tür gesetzt. Wer hier der Propaganda des Kapitals auf den Leim geht, macht sich dauerhaft erpressbar. Solche Politik ist mitverantwortlich für die Schwächung der Gewerkschaften, ja mehr noch, diese Politik stärkt den deutschen Imperialismus und dessen Hegemoniestreben in der Europäischen Union. Diese politische Desorientierung hat dazu geführt, dass die Gewerkschaften bei Ausbruch der Krise eine beängstigende Lähmung zeigten. Warum das so ist, analysiert Renate Münder in der Broschüre „Gewerkschaften in der Krise“, die in der Schriftenreihe „konsequent“ der Berliner Landesorganisation der DKP erschienen ist.

Widerstand und Klassenbewusstsein

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte in der Partei um einen angeblichen Bruch in der Gewerkschaftspolitik seit dem 20. Parteitag, sei an dieser Stelle noch einmal klargestellt: entscheidend für die Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderung ist die Entwicklung von Widerstand von Belegschaften und Gewerkschaften durch die Stärkung des Klassenbewusstseins. Vom Verhalten der Genossinnen und Genossen im



Klassenkampf – seien es betriebliche Kämpfe, Tarifaueinandersetzungen oder politische Debatten auf Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen – wird es abhängen, ob die Partei als Vertreterin der Interessen der Arbeiterklasse wahrgenommen und anerkannt wird. Entscheidend sind für die DKP die Aktivitäten der Arbeiterklasse und ihrer größten Organisation, der Gewerkschaften.

Für diese Arbeit ist es notwendig, dass die DKP als Partei der Arbeiterklasse über eine klare Analyse verfügt, die sie in die Lage versetzt, orientierend in der Arbeiterklasse zu wirken. Die Schrift von Renate Münder leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Sie analysiert nicht nur die Tarifpolitik der größten Mitgliedsgewerkschaften ver.di und der IG Metall, deren Forderungen, Abschlüsse und Wirkungen, sondern geht über eine Kritik hinaus: Es „ist zu untersuchen, was die Arbeiterklasse hindert, den Kampf aufzunehmen, wie der Zustand der Gewerkschaften ist, (...)“ und „(...) warum die deutschen Gewerkschaften dem Lohndumping des Kapitals nicht entschlossen entgegengetreten und dadurch zum Lohnbrecher in Europa geworden sind.“ Die Tarifpolitik ist die Grundlage der Analyse, und es wird in der Nachbetrachtung deutlich, dass die IG Metall sich in der Rolle des Krisenmanagers sah und auf Korporatismus und Co-Management setzte. Ver.di hingegen dagegen startete als Tiger mit der Forderung „Kein Lohnverzicht in der Krise“, landete unter dem Druck des Metallabschlusses als Bettvorleger und schwenkte schnell in den Mainstream ein. Als Ergebnis lässt sich bis zum Herbst letzten Jahres festhalten, dass diese Tarifabschlüsse das „verlorene Jahrzehnt“ für die Arbeiterklasse abgerundet haben.

Klassengegner und Krisenursachen

Renate Münder fordert daher eine Neuausrichtung der Gewerkschaftspolitik mit einer offenen Debatte über die Ursachen der Krise und was gegen die Abwälzung der Krisenlasten zu tun sei! Die Betätigung als Krisenmanager zerstört zusehends die Kampfkraft und das Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse. Über ein kurzes Kapitel von einigen Beispielen des Widerstands führt sie den Leser zu der Frage: Wie aber kann die Standort- und Verzichtspolitik

durchbrochen werden und was sind die Aufgaben klassenbewusster Kolleginnen und Kollegen und der Kommunistinnen und Kommunisten?

Hierbei ist die Feststellung zentral, dass, wenn ein Kollege oder eine Kollegin den Gegner nicht mehr kennt, eine adressatenlose Wut konstatiert wird und „(...) dann nehmen die Gewerkschaften grundlegende Aufgaben nicht mehr wahr.“ Beispielhaft sei hier die Darstellung des Gesamtmetall-Präsidenten Martin Kannegeiser in der Metallzeitung nicht als Klassegegner, sondern als sympathischer, geschätzter und verlässlicher Verhandlungspartner genannt. Auch dass in den Gewerkschaftspublikationen nicht der Kapitalismus als solcher als Problem gesehen, geschweige denn seine Überwindung angestrebt wird, sondern dass eigentlich nur krasse Missstände überwunden werden müssen, markiert die Ansatzpunkte: „Widerstand setzt ein entsprechendes Bewusstsein voraus. (...) Die Entwicklung von Klassenbewusstsein ist die zentrale Aufgabe der Kommunisten in der augenblicklichen Etappe des Klassenkampfes.“

Da oft selbst das trade-unionistische Bewusstsein nicht mehr vorausgesetzt werden kann, ist die Vermittlung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital elementar. Hierzu muss so konkret wie möglich an konkrete betriebliche und gewerkschaftliche Probleme angeknüpft werden und an einer Stärkung von gewerkschaftlichen Betriebsstrukturen gearbeitet werden.

Die Durchsetzung von gewerkschaftlichen Forderungen schließt den politischen Kampf mit ein. Das ist keine neue Erkenntnis, die von der Autorin hier festgehalten wird. Aber angesichts der „Verbetrieblichung“ gewerkschaftlicher Arbeit, der Tarifpolitik mit betrieblichen Öffnungsklauseln oder der Schulungsarbeit, bezogen auf das betriebliche Handwerkszeug, zeigt sich, dass die Gewerkschaftsarbeit häufig wieder „beim kleinen Einmaleins“ anfangen muss. Schließlich beschreibt Renate Münder einige derzeit zentrale Forderungen, mit denen gewerkschaftliche Kampagnen in diesem Sinne bedient werden können. Hierzu gehören die Ablehnung der Leiharbeit, die Ablehnung der Rente mit 67 und die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung. Auch der politische Streik

muss thematisiert werden, aber: „Der politische Streik ist keine separate Strategie oder eine besondere Klassenkampf-methode, er ist nie ein Ziel für sich, sondern ein Instrument für inhaltliche Ziele, d. h. die Zuspitzung eines Kampfes für eine bestimmte Forderung durch eine breite Massenmobilisierung.“

Die Schrift könnte dazu beitragen, dass die Debatte über die Bekämpfung des Opportunismus wieder Schwung erhält. Auch das ist eine heikle Thematik bei der Diskussion um die Gewerkschaftspolitik der Partei. In der Vergangenheit wurde schon die bloße Andeutung einer Charakterisierung der Gewerkschaftsführung und ihrer Verantwortung für den Zustand der Gewerkschaften als Ausdruck von Sektierertum gewertet. Dabei ist die Herausbildung einer gewissen, besser gestellten Schicht in der Arbeiterbewegung keine neue Erkenntnis. Und genau diese Schicht der Funktionäre gibt auch heute bei genauerer Betrachtung in den gewerkschaftlichen Gremien, den Bildungseinrichtungen oder den Kommissionen den Ton an. Das System ist heute noch viel ausgefeilter als früher. Die Autorin nähert sich dem Problem ganz sachlich, indem sie die Entwicklung dieser Schicht in der Arbeiterbewegung als „das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche“ (Lenin) charakterisiert, dann aber auch ihren Anteil an dem Versagen in zentralen Fragen der Arbeiterbewegung nennt. Die Politik der Klassenzusammenarbeit muss aufgebrochen werden, dagegen müssen die Kolleginnen und Kollegen gewonnen werden. „Dabei darf nie der Eindruck entstehen, dass wir die Notwendigkeit der Gewerkschaften in Frage stellen. Eins muss immer klar bleiben, dass wir Teil der Gewerkschaft sind und sie stärken wollen, dass unsere Kritik darauf gerichtet ist, das Kapital besser bekämpfen zu können.“ Dem ist nichts hinzuzufügen, als dass diese Ausarbeitung eine gute Diskussionsgrundlage darstellt.

Die Broschüre „Gewerkschaften in der Krise“ in der Schriftenreihe „konsequent“ ist über den Berliner Landesverband der DKP (Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030/297 83 132) zu beziehen.



DER 17. JUNI – DIE FÄLSCHER SIND AM WERK!

Die Ereignisse des 17. Juni 1953 werden in der Mehrzahl der schriftlichen und mündlichen Äußerungen mal als Aufstand, dann wieder als Massenprotest, mal als Massenerhebung, dann wieder als Protest, mal als Arbeitererhebung, dann wieder als Volkserhebung, oder sogar als Volksaufstand charakterisiert. Diese Vielzahl und Vieldeutigkeit der Begriffe erzeugt eine gewollte ideologische Verwirrung. Mit Hilfe ideologischer Mittel versuchte man 1953 und versucht man bis heute, die eigentlichen politischen Ziele zu verschleiern und sie dennoch durchzusetzen.

Eine solche Begriffswelt soll es ermöglichen, die traditionelle Propaganda, die schon während des ersten Weltkrieges gegen den Osten gepflegt wurde, weiter zu benutzen. Diese besagt, dass diesseits der Fronten angeblich das Recht, der Patriotismus und das Heldentum und jenseits das Unrecht, der Verrat und die menschliche Niederwertigkeit zu Hause waren. Diese Tradition wurde auch im westdeutschen Parteienleben gegen jene Deutschen fortgeführt, die sich der sozialistischen Lehre und der darauf beruhenden gesellschaftlichen Perspektive zuwandten. In diesem Sinne ist die Regierung der BRD von Anfang an angetreten. Schon am 14. September 1950 erklärte Adenauer im Deutschen Bundestag: „Die Bundesregierung unterstützt jederzeit mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den Willen der Bevölkerung in der Sowjetzone nach Befreiung von dem kommunistischen Joch der Sozialistischen Einheitspartei.“

Nationale Zusammenhänge

Der 17. Juni 1953 ist ein Bestandteil der Aktionen des Imperialismus, die in der Nachkriegsperiode gegen demokratische Entwicklungen in den Ländern und gegen den gesellschaftlichen Fortschritt durchgeführt wurden. Dies betrifft seinen Platz in der Abfolge der Aktionen der Kräfte der Reaktion für die Rettung der kapitalistischen Verhältnisse in Deutschland. In den westlichen Besatzungszonen waren die Politik und

die Verhältnisse, die durch sie gestaltet wurden, von einer Abkehr von den demokratischen Zielen und Aufgaben des Potsdamer Abkommens charakterisiert. Die Ereignisse des 17. Juni 1953 erwachsen aus diesem Prozess, der durch Restauration des Kapitals und der politischen Reaktion charakterisiert war.

Wir müssen also festhalten: Die Strategie der Monopole und der politischen Reaktion in der Bundesrepublik war nicht einfach mit Spaltung zu kennzeichnen. Sie lautete Trennung, um einigen zu können. Das heißt: Spaltung, um **die** Einheit schaffen zu können, die man haben will. Spaltung, um die Macht der Monopole im Westen zu erhalten und auszubauen. Einheit später, um die Macht der Monopole auf den Osten auszudehnen! Dies kennzeichnete den Weg zum 17. Juni 1953 und war der Sinn der damit verbundenen Ereignisse!

Dies äußert sich in der Strategie der BRD wie folgt: Kurz vor dem 17. Juni 1953 erklärte der damalige Innenminister der BRD, Dr. Schröder: „Das einzige legitime Deutschland, das einzige Sprachrohr für das ganze Deutschland (...) ist die Bundesrepublik (...). Die Bundesrepublik ist Deutschland. Alles andere deutsche Gebiet ist uns entzogenes und vorenthaltenes Territorium, das zurückgegliedert werden muss.“ [1]

Internationale Aspekte

Die Ereignisse des 17. Juni 1953 fanden zugleich unter Bedingungen der Verschärfung des internationalen Klassenkampfes statt. Sie waren selbst Bestandteil dieses Klassenkampfes.

Gestützt auf ein gewaltiges Wirtschaftspotenzial und ein verzweigtes Netz von Kanälen, durch die amerikanisches Kapital in viele Länder geleitet wurde, entstand unter Führung der USA ein ganzes System politisch-militärischer Blöcke (NATO, SEATO, CENTO u. a.) und zweiseitiger Bündnisse. Entsprechend den Grundsätzen der außenpolitischen Doktrin der „Zu-

rückdrängung des Kommunismus“, die 1947 formuliert wurde, orientierten sie auf die Schaffung eines integrierten Europas, das unter amerikanischem Einfluss stehen und eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Weltherrschaftskonzeption der USA spielen sollte.

Die Doktrin der „Zurückdrängung des Kommunismus“ reichte ihnen bald nicht mehr. Im Sommer 1952 formulierte J. F. Dulles für die amerikanische Außenpolitik die Doktrin der „Befreiung“. Sie enthielt die offene Orientierung auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder. Als Endziel sollte nach dem amerikanischen Plan deren „Befreiung vom Kommunismus“ stehen. Unmittelbar nach den Bundestagswahlen im September 1953 erklärte Bundeskanzler Adenauer sehr deutlich: „Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten (...)“ [2]

Die politischen Ziele des Kapitals

In damaligen und aktuellen schriftlichen und mündlichen Äußerungen zum 17. Juni 1953 wird unterstellt, dass die Führung der DDR einseitig die Schuld an den Ereignissen auf ausländische Kräfte und Institutionen geschoben habe (...). Es wird eine Frage der Schuld zum zentralen Streitpunkt gemacht, um die Fragen der Inhalte und der Ziele aus der Diskussion zu verdrängen.

Will man den 17. Juni 1953 sachlich bewerten, sollte man auseinanderhalten:

- a) die berechtigten Forderungen der Werktätigen in der DDR und die Beseitigung der Maßnahmen, die zu Benachteiligungen für die Werktätigen geführt haben und
- b) der Missbrauch der damit zusammenhängenden Unzufriedenheit der Menschen für antisozialistische, konterrevolutionäre Ziele und Aktionen, die von der Reaktion in Westdeutschland, in Westberlin und in den kapitalistischen Hauptmächten angeheizt, politisch und materiell aktiv



unterstützt, koordiniert und geführt wurde.

Natürlich war der Weg der DDR mit zahlreichen Problemen gepflastert. Widersprüche mussten gelöst werden und auch subjektive Fehler der Partei und des Staates sowie der führenden Persönlichkeiten mussten erkannt und überwunden werden.

Die mit dem Aufbau bewaffneter Organe einhergehenden ökonomischen Belastungen waren im Volkswirtschaftsplan nicht vorgesehen. Hinzu kamen erhöhte Anstrengungen zum Aufbau einer eigenen Schwerindustrie, die zur Stabilisierung der DDR-Wirtschaft beitragen sollten (...). Die dafür notwendigen Mittel fehlten in anderen Bereichen (...). Die ohnehin noch nicht ausreichende Versorgung mit Konsumgütern aller Art verschlechterte sich.

Im Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED vom 9. Juni 1953 [3], also noch vor den Unruhen und Demonstrationen am 17. Juni, wurde festgestellt, dass „seitens der SED und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben, wie zum Beispiel der Verordnung über die Neuregelung der Lebensmittelkartenversorgung, über die Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe, in außerordentlichen Maßnahmen der Erfassung, in verschärften Methoden der Steuererhebung usw.“

Am 16. Juni 1953 erklärte die SED zur Normenfrage: „Das Politbüro hält es zugleich für völlig falsch, die Erhöhung der Arbeitsnormen in den Betrieben der volkseigenen Industrie um 10 Prozent auf administrativem Wege durchzuführen.“ Die Korrekturen wurden also ohne den Druck, den die Demonstrationen des 17. Juni 1953 erzeugt hatten, durchgeführt.

In der Entschließung des ZK der SED von 26. Juli 1953 wurden nach den konterevolutionären Ereignissen grundsätzliche Schlussfolgerungen gezogen, die in Zukunft Fehler möglichst vermeiden sollten. Darin wurde darauf verwiesen, dass die Hauptaufgabe der Partei darin bestand, die „überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse“ zu gewinnen. [4]

Der „Tag X“ – keine Erfindung der DDR

Zur gleichen Zeit, als die damals Herrschenden in Bonn ihre Bemühungen verstärkten, die Bundesrepublik in das imperialistische Paktsystem einzugliedern, verschärften sie den kalten Krieg gegen die DDR. Am 19. März 1953 ratifizierte der Bundestag den Generalvertrag und den EVG-Vertrag. Der 1952 gebildete „Forschungsbeirat“ erarbeitete Pläne für die Rekapitalisierung der volkseigenen Betriebe in der DDR, die Rückgängigmachung der sozialistischen Umgestaltung in der Landwirtschaft, der demokratischen Bodenreform und anderer revolutionärer Umgestaltungen, die nach 1945 durchgeführt worden waren. Am 12. Juni 1953 hatten Vertreter der auf dem Territorium der DDR enteigneten Konzerne, darunter AEG und Siemens, Order erteilt, an allen Börsen Aktien ihrer ehemaligen Betriebe in der DDR aufzukaufen.

Im Juni 1953 trafen in Westberlin auch Vertreter verschiedener Institutionen der USA ein. Dazu gehörte der Chef des USA-Spionagedienstes, der weithin bekannte Allan Dulles, seine Schwester Eleanor Dulles, die im USA-Außenministerium eine führende Stellung hatte, der durch seine brutale Kriegsführung in Korea bekannt gewordene General Matthew B. Ridgeway als militärischer Fachmann.

Egon Bahr, damals Chefredakteur des US-Senders RIAS (Radio im Amerikanischen Sektor) mit Sitz in Westberlin, beteuert in einem Beitrag: „Die Ereignisse um dieses Datum herum sind insofern eine Einmaligkeit, als keiner der Dienste sie vorausgesagt, von ihnen gewusst oder sie angekündigt hat.“ [5] Die oben angeführten Fakten sprechen aber vom Gegenteil!

Im gleichen Beitrag berichtet er, dass er seinem Nachrichtenchef untersagt habe, eine Erklärung von Adenauer zu senden, dass „der beginnende Aufstand ... eine sowjetische Provokation (sei)“. Das sei zu weit von der Realität entfernt gewesen. Dann habe er (bei Globke) angerufen, „und die Wortmeldung des Bundeskanzlers unterblieb“. Man fragt sich nur, wieso im Hintergrund so viel Bewegung war, wenn man angeblich von allem nichts wusste?! Wieso konnte ein Chefredakteur die Wortmeldung eines Bundeskanzlers unterbinden?

Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts gingen die USA an die Ausarbeitung der theoretischen und methodologischen Grundlagen des psychologischen Krieges. Der Kern der Überlegungen bestand darin, dass der psychologische Krieg eine Verbindung von Propaganda und subversiver Aktivitäten oder die Benutzung der Propaganda für Subversions- und Diversionszwecke sei. In der gleichen Periode entstanden ähnliche antikommunistische Organisationen und Zentren auch in der BRD, die sich immer aktiver am Kampf gegen die sozialistischen Länder beteiligte. Sie wurden als „die vierte Dimension eines Krieges“ konzipiert.

Der 17. Juni 1953 war ein wichtiger Bestandteil dieses Konzepts und erster Anlauf zur Verwirklichung dieser aggressiven antikommunistischen Ausrichtung der Politik der imperialistischen Mächte. Der Weg führt über Warschau, Budapest (1956), Prag (1968) bis Berlin (1989) und Moskau (1990).

Es bleibt dabei: Es war Klassenkampf und er ist uns geblieben!

Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion in Anlehnung an das Original eingefügt

** Der Autor war Professor für Geschichte und Politik der sozialistischen Länder Europas.*

Sein Beitrag, der hier in stark gekürzter Version wiedergegeben wird, erscheint als Broschüre, erhältlich gegen eine Spende von zwei Euro bei DKP Brandenburg, Postfach 1240, 15702 Königs Wusterhausen, Mail: info@dkpbrandenburg.de (Endnotes)

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Industriekurier, 13. Juni 1953
- [2] „Die Neue Zeit“, Westberlin, 8. September 1953
- [3] Dokumente der SED, Bd. 4, S. 428-431
- [4] Dokumente der SED, Bd. 4 1954, S. 464 ff
- [5] www.bpb.de/apuz/27595/tag der gesamtdeutschen Geschichte



„WIR MÜSSEN AUF DIE STRASSE“

Ein kurzer Blick auf den 20. Parteitag der DKP

Die Angriffe der Unternehmer auf den Lebensstandard und die Arbeitsrechte der Lohnabhängigen gehen unvermindert weiter. Bei den Tarifverhandlungen der Gewerkschaften mit der Deutschen Bahn und der Lufthansa sehen sich die Beschäftigten mit Angeboten konfrontiert, die auf Lohnkürzung und andere Verschlechterungen hinauslaufen. Der Einzelhandel hat den Manteltarif gekündigt. In der Fahrzeugindustrie werden Autos auf Halde produziert. Opel Bochum soll geschlossen werden. Die Überproduktionskrise erreicht jetzt auch die bisher weitgehend verschont gebliebenen industriellen Kerne der Arbeiterklasse.

Die gewerkschaftlich schlecht oder gar nicht organisierten Randgruppen sind bereits in großem Umfang verarmt worden. Um die zehn Millionen Menschen leben, mit oder ohne Arbeit, auf Hartz-IV-Niveau. Den Unternehmern ist es mit Hilfe der Flexibilisierungspolitik des Staates gelungen, die Klasse in einen Armutssektor und in einen noch relativ davongekommenen zu spalten. Die Masse der Arbeitslosen und prekär Beschäftigten wird von den Kapitalisten als Druckmittel gegen diejenigen Schichten benutzt, die noch über die Runden kommen.

Die Angst geht um. Stillhalten, den Kopf einziehen, auf bessere Zeiten hoffen? Darauf hoffen, dass mit der deutschen Standort-Politik katastrophale Rückschläge im Lebensstandard wie in Südeuropa für den besser gestellten Teil der Klasse in Deutschland ausbleiben?

Solche Hoffnungen sind illusionär. Aber sie sind verbreitet. Das schwächt den Kampfgeist und die nötige Wut zur Verteidigung der eigenen Interessen. Die geballte Faust, die in der Tasche bleibt, das Hinnehmen schlechter Kompromisse, um den großen Einbruch vermeintlich zu vermeiden – damit gehen die zynischen Kalkulationen von Regierung und Kapital auf: Wir machen euch klein, Stück für Stück, systematisch, beharrlich, nach Möglichkeit ohne großes Aufsehen.

Die deutsche Monopolbourgeoisie verfolgt klar einen Kurs der weiteren Einschränkung der bürgerlichen Demokratie nach innen und der Vorherrschaft in der EU und einer deutschen Weltmachtrolle nach außen. Sie verstärkt die deutsche Einmischung in aller Welt, zunehmend auch mit militärischen Mitteln. Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten verschärfen sich. In der EU nehmen die deutschen Bestrebungen, sich andere Staaten unterzuordnen, neokolonialistische Formen an. Die deutschen Diktate in Sachen „Krisenbewältigung“ greifen direkt die Souveränität schwächerer Mitgliedsstaaten, das Haushaltsrecht ihrer Parlamente und ihre innere Rechtsordnung an.

Da die deutsche Monopolbourgeoisie zu den Gewinnern gehört, findet sich die deutsche Arbeiterklasse bei den Verlierern wieder. Es gibt kein deutsches „Wir“, bei dem alle profitieren. Es sind die Lohnabhängigen, die die „Kriseninterventionen“ bezahlen, mit schlechteren Löhnen und Arbeitsbedingungen und mit ihrem Steueraufkommen. Die Unterwerfung anderer Staaten geht einher mit Demokratieabbau in Deutschland selbst. Ducken und auf die Stärke Deutschlands hoffen, ist eine Illusion. Aufstehen ist eine Notwendigkeit.

DKP wieder stärker machen

Die Klassenwidersprüche verschärfen sich objektiv. Der Agenda 2010 folgt die Agenda 2020. Die Arbeiterklasse wehrt sich sehr unzulänglich, und wo sie sich wehrt, agiert sie in der Defensive.

Die Partei kann aufgrund ihrer Schwäche den objektiven Herausforderungen nicht gerecht werden. Glücklicherweise gibt es mehr klassenkämpferische Kräfte als die wenigen in der DKP organisierten Kommunisten. Es gibt eine große Zahl von Kommunisten, die außerhalb der DKP stehen. Es gibt die klassenbewussten Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften. Es gibt wieder mehr junge Menschen, die politisches Engagement für nötig

halten und in diversen Bewegungen aktiv sind.

Aber weder Gewerkschaftsarbeit noch die Teilnahme an spontanen Detailbewegungen genügen, um die Offensive des Kapitals zu stoppen oder gar das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zugunsten der Arbeiterklasse und den anderen Volksschichten zu verändern. Dafür ist unabdingbar, dass sich die radikalsten und konsequentesten Kräfte zusammen organisieren, ihrer Arbeit eine wissenschaftliche Grundlage geben und einen gemeinsamen strategischen und taktischen Plan verfolgen.

Die dafür am besten geeignete Organisation ist die kommunistische Partei. Weder diffuse bunte Bündnisse noch eine pluralistische Linkspartei können sie ersetzen. Das Schicksal unserer Partei wird sich daran entscheiden, ob es uns gelingt, zum organisierten und organisierenden Zentrum der besten Aktivistinnen und Aktivisten in den Betrieben und Wohngebieten, im Kampf gegen die Faschisten und staatliche Repression, gegen Privatisierung, Verschlechterung und Verteuerung kommunaler Dienstleistungen und im Gesundheits- und Bildungswesen zu werden.

Wir nehmen natürlich, wo immer möglich, an sozialen Bewegungen teil. Für eine Politik der Aktionseinheit ist die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen notwendig. Aber eine kommunistische Partei darf sich nicht darauf beschränken. Sie muss sich direkt an die Menschen wenden, eigenständig in Erscheinung treten. Es geht nicht nur und nicht in erster Linie um das Bündnis von Organisationen, sondern um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der Volksschichten als solchen.

Ohne eine wieder stärker werdende kommunistische Partei kann die Arbeiterklasse ihr politisches Potenzial nicht zur Geltung bringen, desorientiert vom Staat und den bürgerlichen Parteien wie sie ist, in der Sackgasse des Co-Managements und der Klassenzusam-



menarbeit, die sich Sozialpartnerschaft nennt, immer wieder gefangen durch sozialdemokratische Täuschungsmanöver. Die Stärkung der DKP ist kein Organisationsegoismus, sondern eine Notwendigkeit im Interesse der Arbeiterklasse.

Von Mörfelden nach Hannover

Bereits die erste Tagung des Parteitags in Mörfelden wählte den Parteivorstand neu. Diesem neu gewählten Parteivorstand ist zuzutrauen, den Kurs der Anpassung an die EL, die Verwandlung von einer revolutionären in eine transformatorisch ausgerichtete, irgendwelinke Partei zu beenden. Zur organisatorischen Stärkung sind einige erste Beschlüsse gefasst worden, ebenso zur praktischen Ausrichtung unserer Politik, die natürlich noch lange nicht ausreichen.

Das wichtigste Ergebnis der abschließende Tagung in Hannover ist die mit großer Mehrheit erfolgte Verabschiedung des sog. Leitantrags. Dieses klare Ergebnis ist besonders der Initiative des stellvertretenden Parteivorstandenden Hans-Peter Brenner zu verdanken, der eine konstruktive Zusammenführung des deutlich verbesserten Entwurfs des vormaligen Parteivorstands und der Handlungsorientierung auf den Weg brachte, die die Berliner Organisation eingebracht hatte. Damit verfügt die DKP über ein brauchbares Dokument für die nächsten zwei Jahre, das neben einer Charakterisierung der gegenwärtigen politischen Lage politisch-inhaltliche Orientierungen in den wichtigsten Kampffeldern umfasst.

Auf die Frage, ob die DKP den Zustand überwinden kann, „dass sie sich hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt“, hat der neue Vorsitzende Patrik

Köbele so geantwortet: „Der Parteitag wird das sicherlich nicht völlig überwinden. Daran müssen wir noch arbeiten. Die Resultate des Parteitags sind ambivalent. Er gibt sicherlich Impulse, zeigt aber gleichzeitig auch, dass es noch einen riesigen Diskussionsbedarf gibt. (...) Wir müssen die notwendige Diskussion verbinden mit der Orientierung: *Genossinnen und Genossen, wir müssen auf die Straße! Ich bin der Ansicht, dass man die theoretischen Differenzen nur in einer Kombination von Theorie und Praxis überwinden kann.*“

Gute Dokumente nutzen uns nur in dem Maß, in dem alle Gliederungen der Partei, jede Genossin und jeder Genosse daraus politische Praxis machen. Die innerparteilichen Bedingungen dafür werden mit diesem Parteitag besser. Aber wieder stärker werden wir nur durch Taten, durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse.

LESERBRIEF

VON WOLFRAM TRILLER

Mit großem Interesse verfolgen organisierte und nicht organisierte Kommunisten (...) die Ergebnisse des DKP-Parteitags (...)

Im Februar haben wir uns bei einer Veranstaltung der Regionalgruppe Dresden des *Rotfuchs* getroffen. Erika Baum aus Berlin hat über „Faschismus gestern und heute“ referiert. In ihren Schlussbemerkungen hat sie ihre Freude darüber ausgedrückt, wie gut es ihr getan hat, mit einer Gruppe von über 50 Gleichgesinnten diskutieren zu können.

Nach dieser Veranstaltung haben wir uns in einer kleineren Gruppe weiter beraten, wie wir ein noch besseres Zusammenwirken von organisierten und nicht organisierten Kommunisten erreichen können.

Ausgangspunkt war der einhellige Wunsch aller Anwesenden nach einer starken kommunistischen Partei in Deutschland. Auf die Frage, warum die parteilosen Anwesenden nicht als ersten Schritt der DKP beitreten, lautete tendenziell die Antwort: Wir sind wegen der reformistischen Positionen aus der Partei des Demokratischen So-

zialismus (PDS) ausgetreten. Die DKP hat mit ihrem Parteitag zwar einen richtigen Schritt zur Stärkung marxistisch-leninistischer Positionen getan, noch aber fehlt der Partei ein Konzept für das Zusammenwirken der Kommunisten, die in verschiedenen Organisationen und Bewegungen aktiv, aber nicht Mitglieder der DKP sind.

Obwohl in der weiteren Debatte von allen die Forderung erhoben wurde, dass eine kommunistische Partei auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehen muss, wurde aber sehr schnell deutlich, dass bei konkreten Fragen sehr unterschiedliche Auffassungen darüber bestanden, worin eine marxistisch-leninistische Position besteht. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde die Position des „Kommunistischen Aktionsbündnisses Dresden“ (KAD) unterstützt, dass das Zusammenwirken der Kommunisten mehrere Schritte erfordert:

- Verständigung über die Schwerpunkte der Klassenauseinandersetzung,
- aktive Teilnahme an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen vor Ort,

- Einbringen der kommunistischen Position in gesellschaftliche Bündnisse und außerparlamentarische Bewegung,
- Auswertung und theoretische Verallgemeinerung der im Kampf gewonnenen Erfahrungen und
- Vervollkommnung der Formen für das Zusammenwirken von Kommunisten.

Da die DKP-Ortsgruppe Dresden Partner in unserem Bündnis ist, werden wir gemeinsam darum ringen, die Kampfkraft der DKP zu stärken.

In einer zweiten *Rotfuchs*-Veranstaltung mit Erika Baum zur Auswertung des DKP-Parteitags wurde die begonnene Debatte vertieft. Vielen wurde dabei bewusst, dass für das Zusammengehen von Kommunisten zuerst die Bereitschaft notwendig ist zuzuhören, eigene Standpunkte kritisch zu hinterfragen und den Zusammenhang mit der konkreten gesellschaftlichen Praxis herzustellen.

Mit solidarischen Kampfesgrüßen
Wolfram Triller

KOMMUNISTISCHE IDENTITÄT ODER LINKSPLURALISMUS, ANTIIMPERIALISMUS ODER EUROPÄISMUS? – ERFAHRUNGEN AUS ÖSTERREICH

Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) verfügt über eine ehrenvolle Geschichte. Gegründet im November 1918, ist sie eine der ältesten kommunistischen Parteien der Welt, doch war sie damals zu jung, um die revolutionäre Situation am Ende und im Gefolge des Ersten Weltkrieges für den Sozialismus zu nützen. Nach einigen Verwirrungen und Irrungen des ideologischen Pluralismus gelang es ab Mitte der 1920er Jahre – unter Mithilfe des Komintern-Beauftragten Georgi Dimitroff und unter dem neuen Vorsitzenden Johann Koplenig – eine klare marxistisch-leninistische Linie zu entwickeln, wenngleich der „radikalen“ Phraseologie des sozialdemokratischen „Austromarxismus“ (Otto Bauer u. a.) zunächst nicht beizukommen war. Dies änderte sich erst durch das realsozialdemokratische Scheitern: Nach dem Bürgerkrieg 1934 sowie in den Jahren der austrofaschistischen Diktatur (1934–1938) gewann die illegale KPÖ erstmals Masseneinfluss, viele enttäuschte Sozialdemokraten schlossen sich ihr an. In der Zeit der NS-faschistischen Herrschaft in Österreich (1938–1945) wurde die KPÖ zur wichtigsten Säule des antifaschistischen Widerstandes und des nationalen österreichischen Freiheitskampfes.

Gegen den Revisionismus

Dieser Einsatz wurde der KPÖ nach 1945 nicht gedankt. Die ehemaligen „christlichsozialen“ Austrofaschisten, neu organisiert als Österreichische Volkspartei (ÖVP), und die SPÖ bildeten einen antikommunistischen Block, gegen den die KPÖ wenig ausrichten konnte. Elf Jahre Faschismus, Jahrzehnte sozialdemokratischer Propaganda, die öffentliche Darstellung der großen Streikbewegung 1950 als kommunistischer Putschversuch und die Diffamierung der sowjetischen Befreiungsarmee sowie der benachbarten

Volksdemokratien durch SPÖ und ÖVP sorgten für Verhältnisse, unter denen der Einfluss der KPÖ zwar nicht unbedeutend, aber letztlich zu gering blieb. 1947 schied sie aus der Bundesregierung aus, 1959 aus dem Nationalrat (Bundesparlament), 1970 aus den letzten Landtagen.

Ideologisch zeigte sich die KPÖ in diesen Jahrzehnten als widerstandsfähig. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre bildete sich um Ernst Fischer eine revisionistische Fraktion in der Partei, doch diese Krise konnte bis 1970 zugunsten der Marxisten-Leninisten unter entscheidender Einbeziehung des Zentrismus bewältigt werden. Auch die Periode des „Eurokommunismus“ überstand die KPÖ ohne Schaden, mehr noch: 1982 beschloss sie mit „Sozialismus in Österreichs Farben“ ein neues Parteiprogramm, das eine antimonopolistische Strategie zum Sozialismus vorstellte. Dieses programmatische Dokument, über 30 Jahre alt und in der KPÖ natürlich längst entsorgt, ist das bislang letzte marxistisch-leninistische Programm einer kommunistischen Partei in Österreich.

Die Konterrevolutionen in Europa 1989/90 führten in der KPÖ, wie in den meisten kommunistischen Parteien, zur umfassenden Hinterfragung ihrer selbst. 1990 übernahm Walter Silbermayr die Parteiführung und orientierte auf die Liquidation der KPÖ und die Schaffung einer reformistischen, pluralistisch-allgemeinen Linkspartei. Dies wurde von der Basis nicht mitgetragen, weshalb er schon 1991 zurücktrat. Eine neue, dreiköpfige Parteileitung, darunter Otto Bruckner, wurde gewählt. Walter Baier wurde zunächst Bundessekretär, 1994 schließlich Bundesvorsitzender der KPÖ. Damit kam die liquidatorisch-transformatorische Agenda langsam wieder auf die

Tagesordnung, die letztlich in der Kontinuität des modernen Revisionismus der 1960er Jahre sowie Silbermayrs stand.

Gegen das Liquidatorentum

Die Gruppe um Baier ging daran, die KPÖ ihrer kommunistischen Identität zu entkleiden: Sie sollte weder marxistisch-leninistisch (v. a. nicht leninistisch) noch Arbeiterpartei sein, sondern eine pluralistische und reformistische Linkspartei, noch besser eine „zivilgesellschaftliche“ (Pseudo-)Bewegung, die vorrangig auf „gesellschaftskritische Intellektuelle und Künstler“ orientieren müsse – also eine kleinbürgerliche Besserwisser-Avantgarde ohne proletarische Basis, ohne Verbindung zu den arbeitenden Menschen in den Betrieben.

International wurde der Internationalismus durch dumpfen Kosmopolitismus und Europäismus ersetzt. Dies bedeutete die Entsolidarisierung gegenüber den verbliebenen sozialistischen oder sozialistisch orientierten Ländern (z. B. Kuba) sowie gegenüber revolutionären und antiimperialistischen Befreiungskämpfen, wobei auch das Eindringen der antinationalen Propaganda eine Rolle spielte. In der „europäischen Frage“ wurde die Jahrzehnte alte Ablehnung der EU-(bzw. EG-)Mitgliedschaft Österreichs zunächst verwässert und schließlich wurde die Wiederaustrittsforderung auf antimonopolistischer Grundlage gänzlich fallengelassen. Bei der Geschichtsbetrachtung kam es zur Generalabrechnung mit der UdSSR und den sozialistischen Staaten Europas („Antistalinismus“), deren progressive Bedeutung negiert wurde und wird. Kurz, das komplette Arsenal des Revisionismus wurde in Stellung gebracht und die Partei selbst für deklarierte Antikommunisten geöffnet.



Natürlich gab es gegen diese Bestrebungen parteiinternen Widerstand. Vor allem die KPÖ-Landesorganisationen Steiermark und Tirol sowie einige Wiener Bezirksorganisationen formierten sich zu einer losen Linksoption, zu der auch der Jugendverband KJÖ zu rechnen war. Am 32. Parteitag 2003 stand man sich schließlich mit etwa gleich großen Blöcken gegenüber: Baier wurde nochmals – knapp – Vorsitzender, andere Positionen wurden bereits von der Opposition besetzt. Da für die Parteiführung absehbar war, dass man am 33. Parteitag 2004 keine Mehrheit mehr zustande bringen würde, wurden administrative Maßnahmen gegen die Opposition ergriffen. Die Tiroler Landesorganisation und die Bezirksorganisation Wien-Ottakring wurden unter Fraktionsvorwurf aufgelöst, führende Köpfe der Opposition wurden ausgeschlossen, weiteren wurde die Erneuerung des Mitgliedsbuches verweigert, die marxistisch-leninistisch dominierte Programmkommission wurde abgesetzt, missliebige Personen wurden mit phantasievollen Klagen vor Gericht gezerrt, Lokale wurden versperrt, KJÖ und KSV (Kommunistischer StudentInnenverband) wurden vor die Tür gesetzt – und alles mit einem eigentlich statutenwidrigen Parteitag „abgesegnet“. Damit verblieb die KPÖ Steiermark als einzige oppositionelle Struktur in der KPÖ.

Eintritt in die EL führte in die Bedeutungslosigkeit

In diese Zeit, im März 2004, fällt auch der – von der Linksoption natürlich vehement abgelehnte – Beitritt der KPÖ zur „Europäischen Linkspartei“ (EL), der von keinem Parteitag legitimiert wurde. Es fehlen hier Zeit und Raum, den Charakter der EL ausführlich zu umreißen. Eines jedoch ist klar, dass es sich bei der EL um die linkspluralistische und letztlich antikommunistische Ergänzung auf transnationaler Ebene handelt, die ihrerseits ihre zersetzenden Rückwirkungen auf die nationalen Parteien hat. Das war auch der Zeitpunkt, an dem Baier den KPÖ-Vorsitz gefahrlos an Mirko Messner übergeben konnte, was 2006 geschah. Baier ist nun Koordinator des EL-Bildungsnetzwerkes „transform!“.

Um die Folgen dieser gesamten Entwicklung zu skizzieren, genügt ein Vergleich zwischen der steirischen KPÖ-

Landesorganisation und der KPÖ-„Bundesorganisation“/EL. Während die KPÖ in der Steiermark vor Ort und in der Bevölkerung fest verankert und seit 2005 wieder im Landtag vertreten ist, außerdem zig Gemeinderäte sowie sogar Mitglieder in Stadtregierungen und eine Vizebürgermeisterin stellt, ist die KPÖ/EL in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Tirol eine Chimäre – und in den Bundesländern Burgenland, Kärnten und Vorarlberg ist sie gar nicht existent – fast ohne betriebliche und kommunale Bastionen. Das gilt auch für die gesetzliche Arbeitnehmervertretung „Arbeiterkammer“ (AK). Während die KPÖ in der Steiermark zwei AK-Mandate auf Basis vieler Betriebsräte stellt, kommt die KPÖ/EL unter dem Namen „Gewerkschaftlicher Linksblock“ (GLB) auf ein einziges Mandat in Wien, das nur mit Glück gehalten werden konnte. Die neue, klassenkämpferische Liste „Kommunistische Gewerkschaftsinitiative“ erhielt auf Anhieb massiven Zuspruch und ebenfalls ein Mandat. Während die KPÖ Steiermark rund 400 aktive Mitglieder im ganzen Bundesland hat, treffen sich zum Wiener KPÖ-Spaziergang am 1. Mai jedes Jahr nicht mehr als 200 Menschen.

Kampf um die Partei verloren – Neuaufbau nötig

Unterm Strich kann – und muss leider – gesagt werden, dass es außerhalb der Steiermark gelungen ist, die KPÖ gänzlich in die Bedeutungslosigkeit zu führen und jeder ernsthaften ideologischen Basis zu berauben. Der Versuch, die mangelnde Bedeutung über die EL zu kompensieren, ist nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern verstärkt die Problematik sogar. Beliebigkeit und Abgehobenheit der EU-konformen EL interessieren keinen Arbeiter und keine Arbeiterin. Die ehrenvolle Geschichte der KPÖ ist vergessen, die Partei als solche wurde ruiniert.

Die ganze Entwicklung zeigt auch, dass der Kampf um die KPÖ für die österreichischen Marxisten-Leninisten leider verloren ist. Sie mussten und müssen den beschwerlichen Weg des Neuaufbaus gehen. Dies geschieht seit 2005 in der Kommunistischen Initiative (KI), seit 2009 in der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative (KOMintern), in der Kommunistischen Jugend (KJÖ) und im Kom-

munistischen StudentInnenverband (KSV). Auf dieser Basis soll eine neue marxistisch-leninistische Kampfpartei der österreichischen Arbeiterklasse entstehen. Gegenwärtig wird für Oktober 2013 der Gründungskongress der „Partei der Arbeit Österreichs“ (PdA) vorbereitet.

** Tibor Zenker ist stellvertretender Vorsitzender der Kommunistischen Initiative Österreich*



DIE REGIERUNGSBETEILIGUNG VON KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN ...

Eine Vorbemerkung der Redaktion

Als in Griechenland Syriza nach den letzten Wahlen die KKE aufforderte, gemeinsam eine linke Regierung zu bilden, wurde das Thema der Regierungsbeteiligung Kommunistischer (oder exkommunistischer) Parteien wieder aktuell. Herwig Lerouge hat dazu in der Zeitschrift *Études marxistes* unter dem Titel „Die Regierungsbeteiligung von kommunistischen Parteien: ein Weg aus der kapitalistischen Krise?“ eine bemerkenswerte Einschätzung vorgelegt; der Artikel ist auf der Website von T&P nachzulesen. Er bilanziert zuerst die „italienische Tragödie“ und die der KPF in der Regierung 1981 und 1987, untersucht die programmatischen Dokumente der Europäischen Linken, und stellt schließlich, am umfangreichsten, die Ergebnisse der Regierungsbeteili-

gungen der Linken in Deutschland dar. Sein Fazit ist vernichtend:

„Die Erfahrungen aus der Beteiligung von Kommunisten an europäischen Regierungen haben bewiesen, dass dadurch weder die Privatisierungen oder der soziale Rückschritt, noch die Beteiligung an imperialistischen Kriegen gestoppt wurde. Diese Erfahrungen haben das Vertrauen in die Parteien beeinträchtigt, die sich an diesen Regierungen beteiligt hatten, und diese Erfahrungen haben offenbart, dass es kaum noch Unterschiede zu – egal welchen – anderen Parteien gibt. Die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung, in der die Monopolkapitalisten dominieren, schwächt die antikapitalistischen Kräfte.“

Und im Hinblick auf Griechenland konstatiert Lerouge:

„Dennoch weigern sich bestimmte Parteien, aus diesen Erfahrungen Lehren zu ziehen. Sie beweisen, dass sie zu wahrhaftigen sozialdemokratischen Parteien geworden sind, bereit dazu, die alten, heute verrufenen, zu ersetzen.“

Seine Schlussfolgerung:
„Heute weniger denn je.“

Wir drucken im Folgenden den Abschnitt über die Volksfront in Frankreich ab – der möglicherweise Widerspruch hervorruft – da uns auch die theoretische Debatte zu diesen Fragen wichtig ist.

Herwig Lerouge

... EIN WEG AUS DER KAPITALISTISCHEN KRISE?

Die harten Lektionen der Vergangenheit

Die Erfahrungen bestätigen die Positionen von Marx, Lenin und der III. Internationale in diesem Zusammenhang. Sie weisen alle die Beteiligung zurück mit Ausnahme einer Situation, wo der Faschismus eine reelle Bedrohung darstellt oder wo es sich um einen Übergang in eine wirklich revolutionäre Regierung handelt, das heißt in einer vorrevolutionären Situation mit äußerst gewichtigen Klassenkämpfen und einem Kräfteverhältnis (wie in Chile Anfang der 1970er Jahre, in Portugal 1975 ...). In diesen Situationen ist es möglich, dass wir Bündnisse mit den Kräften schmieden, die nicht-proletarische Schichten repräsentieren, aber gleichermaßen durch die Monopole unterdrückt oder durch den Faschismus oder auswärtig Kriegsführende bedroht werden. Aber das einzig unter der Bedingung, dass diese entwickel-

ten Klassenkräfte oder sich in Richtung Volksdemokratie und Sozialismus entwickelnden Klassenkräfte sich in Richtung eines anderen Staates bewegen, der von Arbeitern kontrolliert wird. Das war nicht der Fall in Chile, wo die Reaktion unterschiedslos Sozialisten und Kommunisten massakrierte.

Die Arbeiterregierung, die von der III. Internationale vorgeschlagen wurde, wird verstanden als „die Front, die alle Arbeiter vereinigt, und eine Koalition aller Arbeiterparteien in der ökonomischen Arena wie auf dem politischen Kampfplatz, um gegen die Macht der Bourgeoisie zu kämpfen und letztendlich um sie zu stürzen“. Die fundamentalsten Aufgaben einer solchen Arbeiterregierung müssen darin bestehen, die Arbeiter zu bewaffnen und die bourgeoisen konterrevolutionären Organisationen zu entwaffnen, die Kontrolle der Produktion (durch die Arbeiter) einzuführen, die Hauptsteuerlast auf

die Schultern der Reichen umzulegen und den Widerstand bourgeoiser Konterrevolutionäre zu brechen.“ [1]

Jene, die eine Koalition mit den bourgeoisen politischen Parteien in den parlamentarischen Institutionen verteidigen, verwenden oft die Schriften von Dimitrov über die Einheitsfront gegen den Faschismus. Es ist richtig, dass Dimitrov die Leute kritisierte, die die Politik der Einheitsfront gegen den Faschismus verweigerten, aber nach Dimitrov muss sich die antifaschistische Volksfront auf der Basis einer Arbeiter-einheitsfront gründen. Er forderte, dass eine Volksfrontregierung revolutionäre Maßnahmen, antikapitalistische Maßnahmen, ergreift: Es kann „eine solche Situation (entstehen), dass die Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront nicht nur möglich wird, sondern unumgänglich im Interesse des Proletariats. (...) Wir verlangen, dass



von ihr radikale, bestimmte auf die Situation zugeschnittene revolutionäre Forderungen in die Praxis umgesetzt werden. Zum Beispiel die Kontrolle der Produktion, die Kontrolle der Banken, ...“ [2]

Dimitrov warnte vor der Tatsache, dass „eine Volksfront in Frankreich aufrechtzuhalten nicht bedeutet – bei weitem nicht – dass die Arbeiterklasse die aktuelle Regierung um jeden Preis unterstützen wird (...). Wenn aus dem einen oder anderen Grund die bestehende Regierung sich als unfähig erweisen sollte, das Programm der Volksfront durchzuziehen, wenn sie zuhause oder im Ausland die Linie des Rückzugs vor dem Feind annimmt, wenn ihre Politik den Widerstand gegen die faschistische Offensive schwächt, dann wird die Arbeiterklasse anstreben – dabei weiterhin die Verbindungen der Volksfront festigend – die aktuelle Regierung durch eine andere zu ersetzen (...).“ [3]

Das ist passiert, und die PCF brauchte zu viel Zeit, um das zu verstehen. 1936 wurde, nach einem Wahlsieg der Parteien der Linken, die Regierung Blum aus Sozialisten und Radikalen gebildet, von außen unterstützt durch die PCF. Eine enorme Streikwelle übte einen großen Druck auf die Regierung aus, um sie zu zwingen, die Forderungen zu befriedigen, die man im Programm der Volksfront fand. Aber diese Regierung setzte sich, um den Wortlaut ihres Chefs zu benutzen, nur das Ziel, eine Methode zu finden, um denen „ausreichende Erleichterung zu verschaffen, die leiden“ innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesellschaft. Für Blum beinhaltete die Aufgabe der Volksfront, „die bürgerliche Gesellschaft zu schonen“ und in ihr „ein Maximum an Ordnung, an Wohlbefindens, an Sicherheit und Gerechtigkeit“ zu verwirklichen. Unter diesen Bedingungen stieg die negative Wirkung der Regierungsbeteiligung beträchtlich. Die Regierungen „der Linken“, die das kapitalistische System lenken, haben, historisch gesehen, die Arbeiterklasse demoralisiert und demobilisiert – und den Parteien der konservativen Regierungen und selbst der extremen Rechten einen Weg geöffnet.

Die Regierung Blum wurde zwei Jahre danach aus dem Amt gedrängt, und zwei weitere Jahre genügten, damit die französischen Kapitalisten sich rächten

und die Konzessionen zurücknahmen, die sie gemacht hatten. Auf Initiative der Sozialistischen Partei erklärte am 21. November 1939 die von dem Leader der Radikalen Partei, Daladier, geführte Regierung die PCF für illegal, und die Vertreter der PCF wurden juristisch verfolgt. Am 7. Juli 1940 sprachen die gleichen Vertreter der Radikalen und Sozialisten der landesverräterischen Regierung Pétain das Vertrauen aus.

Selbst in den Perioden, wo eine Regierungsbeteiligung in eine für den Sozialismus offene Kampfphase führen kann, ist die größte Wachsamkeit geboten.

Im September 1947 kritisierten die Teilnehmer eines Treffens der Mitglieder des neuen Koordinationsorgans der kommunistischen Parteien nach dem 2. Weltkrieg – der Kominform [4] – die opportunistische Linie der PCF und der PCI in ihrer Politik der Einheitsfront während der Besetzung und ihrer Regierungsbeteiligung in der Folgezeit.

Es war im Interesse der Bourgeoisie, während des Kriegs und danach mit den Kommunisten zu kooperieren, weil sie schwach war. Die Kommunisten hätten aus dieser Situation Vorteile ziehen müssen, um Schlüsselpositionen zu besetzen, aber sie haben es nicht getan. Anstatt die Unterstützung der Massen zu erwerben, um die Macht zu ergreifen, entwaffneten sie die Massen und verbreiteten Illusionen über die bürgerliche Demokratie und den Parlamentarismus.

Anstatt eine antifaschistische Einheit von der Basis aus zu schaffen, mit der Schaffung von Instrumenten aus den Massen heraus, alle Tendenzen zusammenzufassen, die bereit sind den Weg des Kampfes für eine revolutionäre Macht zu gehen, haben die Führer der PCF und der PCI den Fehler begangen, eine Front von der Spitze her zu errichten, auf der Basis einer gleichgestellten Vertretung der verschiedenen Parteien, obwohl doch das Ziel der bürgerlichen Parteien war, eine wirkliche Umwandlung des Landes zu verhindern. Um diese Politik zu führen, gaben die Führer von PCF und PCI vor, dass jede andere Forderung als die nationale Befreiung, alle Forderungen nach demokratischen, radikalen und revolutionären Veränderungen eine bestimmte

Zahl von sozialen Gruppen und von politischen Kräften der antifaschistischen Front entfremden würden.

Das Treffen kritisierte die PCF, die Demotivierung und die Auflösung der Kräfte der Résistance erlaubt und sogar erleichtert zu haben unter dem Vorwand, dass der Krieg nicht beendet sei und eine Aktion gegen die Politik von De Gaulle zu einer Konfrontation mit den Alliierten führen werde. Diese Konzeption erleichterte die Aufgabe der besorgten Imperialisten, ihre Vorkriegspositionen wiederzuerlangen. Sie schuf Illusionen in Hinsicht auf die „Demokratie“ der Imperialisten und ihrer Fähigkeit, den vom Faschismus befreiten Ländern beim Wiederaufbau zu helfen, ohne andere Ziele zu verfolgen.

Im Ganzen genommen warfen ihnen die Delegierten der Konferenz vor, in ihren Illusionen von einem parlamentarischen Weg zum Sozialismus zu verharren und diese unter den Massen zu propagieren, anstatt sie gegen die proamerikanische Politik ihrer Regierung und für eine echte revolutionäre Alternative zu mobilisieren.

Die Redaktion dankt für die Genehmigung zum Abdruck.

Quelle: Études marxistes 100 (2012), S. 39–57

Übersetzung aus dem Französischen für T&P: Georges Hallermayer

Quellen und Anmerkungen:

- [1] [http://www.contre-informations.fr/komintern/komintern/5.html#A point XI](http://www.contre-informations.fr/komintern/komintern/5.html#A_point_XI).
- [2] Georgi Dimitrov, Die Offensive des Faschismus und die Aufgabe der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus <http://actionantifasciste.fr/documents/analyses/28.html>.
- [3] Georgi Dimitrov, Ausgewählte Werke, Bd. 2, S. 160, Sofi a Presse
- [4] 1943 wurde die 3. Internationale aufgelöst. Nach der Niederlage des Faschismus wurde sie wiederhergestellt unter dem Namen Kominform. Diese traf sich nur drei Mal. Auf der Sitzung vom 23. bis zum 26. September 1947 wurde die Situation in Frankreich und in Italien ausführlich diskutiert.



Stephan Müller

GROSSBANKEN, INDUSTRIEMONOPOLE UND STAAT

Im Juni erscheint die Neuauflage von Kurt Gossweilers „Großbanken, Industriemonopole und Staat“. Der Untertitel „Ökonomie und Politik 1914 bis 1932“ deutet bereits darauf hin, dass hier die Verbindung hergestellt wird zwischen den ebenfalls vom Papyrossa-Verlag neu aufgelegten Arbeiten Gossweilers zur Affäre Röhm 1934 und zur Frühgeschichte des deutschen Faschismus 1919 bis 1924. Das Buch, das die akribisch zusammengetragene Faktenfülle präzise analysiert, ist seit seinem ersten Erscheinen 1971 zu einem Standardwerk nicht nur in der marxistischen Geschichtswissenschaft geworden.

Das ist eigentlich ein Missverständnis; es sollte gerade „keine Geschichte des ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik“ sein, wie uns Gossweiler im Vorwort mitteilt; sondern „Es will als eine Studie zu speziellen Problemen der Politik der imperialistischen deutschen Bourgeoisie verstanden sein.“ Gerade deshalb interessiert es uns, weil das Thema der Studie von brennender Aktualität ist. Gossweiler: „Die marxistisch-leninistischen Parteien haben es stets als ihre Aufgabe betrachtet, die Politik des Klassengegners, seine Strategie und Taktik zu studieren, um sie zu parieren und ihn mit der überlegenen wissenschaftlich fundierten Strategie und Taktik der Arbeiterklasse schlagen zu können.“ Zur Grundlage seiner Analyse verweist Gossweiler auf Lenins Feststellung der zwei Taktiken der Bourgeoisie im Kampf gegen die Arbeiterklasse, der Taktik der offenen Gewalt, und der Taktik der Zugeständnisse zur Verhinderung der Revolution.

Weiter bezieht er sich auf Dimitroff, der mahnte: „Genossen, man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so glatt und einfach vorstellen, als fasste irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluss, an dem und dem Tage

die faschistische Diktatur aufzurichten. Tatsächlich gelangt der Faschismus gewöhnlich in gegenseitigem, zuweilen scharfen Kampf zwischen dem Faschismus und den alten bürgerlichen Parteien oder einem Teil dieser Parteien zur Macht.“ Es geht Kurt Gossweiler um die „Frage nach dem Ursprung den verschiedenen Konzeptionen innerhalb der herrschenden Klasse.“

Aktuelle Fragestellung

Ein Ausgangspunkt dabei sind Jürgen Kuczynskis „bahnbrechende Arbeiten“, über den beständigen Kampf zweier Gruppen im deutschen Monopolkapital, der alten Schwerindustrie und der neueren Chemie- und Elektroindustrie. Gossweiler deckt Traditionslinien in der Politik des deutschen Imperialismus auf, die schon bei Bismarcks politischen Zwillingen Sozialistengesetz und Sozialgesetzgebung sichtbar wurden. Dabei geht er vor allem drei Fragen nach:

- Wie haben sich die Gruppierungen in der Industrie herausgebildet und wie entwickelte sich dabei ihr Verhältnis zu den Großbanken,
- Wie verhalten sich die Einzelinteressen der Monopolkapitalisten, die gegeneinander gerichtet sind, zum Gesamtinteresse der Monopole an der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft? und schließlich:
- Wie behandelt die deutsche imperialistische Bourgeoisie die bürgerlichen Demokratie und welche Rolle spielt sie bei der Errichtung der faschistischen Herrschaft.

Konkret stellt das Buch zunächst dar, wie sich die beiden Hauptgruppierungen der industriellen Großbourgeoisie und ihre verschiedenen Stellungen zur Arbeiterbewegung vor dem ersten Weltkrieg herausbilden, die Schwer-

industrie einerseits und die Chemie- und Elektroindustrie andererseits. Im Krieg kristallisierten sich dann die verschiedenen Interessen an der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus heraus. Sie zeigten sich im Streit um die Kriegsziele, aber auch in der Auseinandersetzung um den AEG-Chef Walter Rathenau als Sprecher der einen Gruppe. Nach 1918 spitzten sich die gegensätzlichen Profitinteressen der einzelnen Großkapitalisten in der sich schnell ändernden Lage zu, trotz dem zeitweise gemeinsamen Vorgehen gegen die Arbeiterklasse. Gossweiler stellt dar, wie wenig stabil die politischen Allianzen waren, die die Monopole im Zusammenspiel mit den Großbanken schlossen.

Er zeigt, wie sich 1923 aus den gegensätzlichen Monopolinteressen der Streit entwickelte, welches Projekt besser geeignet sei, um die Zugeständnisse zu liquidieren, die der Arbeiterklasse 1918/19 gemacht wurden: Militärdiktatur oder Währungsreform?

Anhand der Hauptakteure der Währungsreform werden die Profitinteressen aufgezeigt, die durch die Personen wirksam wurden: Im internationalen Rahmen bringt Hjalmar Schacht den US-Imperialismus zum Verhandlungstisch und die „flexible“ Fraktion des deutschen Imperialismus verbündet sich mit Hilferding, um den Einfluss der SPD-Führung auf die Arbeiterklasse in die Waagschale zu werfen.

In der folgenden Periode der „relativen Stabilisierung“ der Wirtschaft nach der Währungsreform schwächte sich die offene Auseinandersetzung zwischen den Monopolgruppen ab. Sie passten sich den neuen Gegebenheiten an. Mit dem zunehmenden Eindringen des amerikanischen Kapitals nach Deutschland stieg der Einfluss der „amerikanischen Fraktion“ um Hjalmar



Schacht, auf Kosten des französischen Kapitals. Gleichzeitig entwarf die „flexible“ Fraktion des Monopolkapitals die Arbeiterklasse mit Hilferding als SPD-Finanzminister, der auf Klassenzusammenarbeit und die Illusion der Wirtschaftsdemokratie baute. Andererseits wurde klar, dass mit der SPD in der Regierung keine wirklichen Verbesserungen für die Volksmassen erreicht wurden. An diesem Widerspruch konnte die KPD erfolgreich ansetzen. An der Frage der Rüstungsfinanzierung – Bau der Panzerkreuzer – kam die SPD unter dem Druck der von der KPD initiierten Protestbewegung an den Rand der Spaltung.

In der Wirtschaftskrise um 1930 flammte der offene Kampf der Monopolgruppen dann wieder auf.

Zweifrontenkampf

An Hand von Kurt Gossweilers Arbeitsweise lässt sich lernen, wie Marxisten produktiv an die konkrete Aufschlüsselung des Zusammenhangs von ökonomischer Basis und politischem Überbau herangehen können. Die wissenschaftliche Detailarbeit ist unvermeidlich, sagt Gossweiler, im Zweifrontenkampf gegen Revisionismus und Dogmatismus. Der Sozialdemokratismus ist immer

bemüht, schrieb er 1970 (!) im Vorwort „die flexible Variante imperialistischer Politik, wie sie z. B. in der ‚neuen Ostpolitik‘ der Brandt-Scheel-Regierung praktiziert wird, als eine echte Alternative zur offen aggressiven politischen Linie etwa eines Franz Josef Strauß anzubieten. Der moderne Revisionismus unterstützt solche Bemühungen durch die Verbreitung der These, die flexible oder raffiniertere imperialistische Politik sei eine Linie ‚vernünftiger‘, ‚realistischer‘ Politiker, die sich zur friedlichen Koexistenz und damit zur Absage an das Ziel der Beseitigung des Sozialismus bekehrt hätten. Ultralinke Abenteurer wiederum treten mit der Behauptung auf, die Unterschiede der beiden taktischen Linien der Politik des Imperialismus seien für die Arbeiterklasse völlig ohne Belang, so dass man sie überhaupt nicht berücksichtigen dürfe.“

Die Beschäftigung mit den Gruppierungen der deutschen Monopolbourgeoisie ist aber noch aus einem anderen Grund wichtig, betont Kurt Gossweiler, nämlich weil die „unbestreitbare Tatsache rivalisierender Monopolgruppen um die dominierende Rolle in der faschistischen Diktatur“ missbraucht wird, um „die Monopole von der Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges

freizusprechen. Desto wichtiger ist der Nachweis, dass an der Beseitigung der Weimarer Republik und der Errichtung der faschistischen Diktatur mit dem Ziel der Vorbereitung eines neuen Krieges um die Weltherrschaft alle maßgeblichen Gruppen und Fraktionen des deutschen Monopolkapitals interessiert und beteiligt waren, und dass es bei ihren Macht- und Rivalitätskämpfen nicht um unterschiedliche Ziele, sondern in erster Linie um die Führung, in zweiter Linie um die geeignetsten Wege zu den gemeinsamen Expansionszielen ging.“

Dem Buch ist ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis, sowie Personen- und Institutionenregister beigegeben.

Alle Zitate sind dem von Kurt Gossweiler verfassten Vorwort entnommen.

Kurt Gossweiler: Großbanken, Industriemonopole und Staat; Papyrossa Verlag, Köln, Juni 2013, etwa 400 Seiten, Subskriptionspreis 19,20 Euro bis Ende Mai, ab Juni Normalpreis ca. 24 Euro



Liebe Genossinnen und Genossen des Herausgeberkreises und der Redaktion von Theorie und Praxis

Wie Ihr wisst, hat mich der 20. Parteitag der DKP zum Parteivorsitzenden gewählt. Aus diesem Grund werde ich nun aus dem Herausgeberkreis von Theorie und Praxis ausscheiden. Ich denke, dass Ihr nachvollziehen könnt, dass ich mit der neuen Funktion andere Aufgaben übernehmen muss.

Aus meiner Sicht liegt vor mir und der neuen Parteiführung die Aufgabe, die Partei trotz der unterschiedlichen Positionen zusammenzuführen und ein einheitliches Handeln der Partei zu fördern. Gleichzeitig muss Transparenz über die Differenzen hergestellt werden, das habe ich immer betont, das ist die Voraussetzung für eine offene und sachliche Auseinandersetzung.

Dazu hat Theorie und Praxis aus meiner Sicht in der Vergangenheit ihren positiven Beitrag geleistet und wird es sicherlich auch in der Zukunft tun.

Dafür wünsche ich Euch eine glückliche Hand und bedanke mich herzlich für die Zusammenarbeit.

*Mit kommunistischen Grüßen
Patrik Köbele*

WIE MUSS SICH DIE DKP VERÄNDERN?

In dieser Rubrik wollen wir notwendige Überlegungen zur Taktik unserer Partei, aber auch über strategische Orientierungen anstellen. Es soll dabei um die konkrete Kleinarbeit vor Ort gehen, im Betrieb oder der Kommune, im Bündnis oder als eigenständige Aktion. Die inhaltliche Klammer bildet die Überlegung, wie sich die DKP politisch-ideologisch stärken kann und dabei neue Genossinnen und Genossen gewinnt.

Wir brauchen eine Debatte darum, wie wir uns als Kommunistische Partei stärken können, d. h. wo unsere konkrete Zielgruppe innerhalb der Klasse ist und wie wir uns als Partei aufstellen müssen.

Patrik Köbele

WIE IN ESSEN DIE SCHLISSUNG DER STADTTEILBIBLIOTHEKEN VERHINDERT WURDE

Mit der Schuldenbremse, die mittlerweile in vielen Länderverfassungen verankert ist, unterwerfen sich Länder und Kommunen einem massiven Sparzwang. Eine Initiative, die auch in den bürgerlichen Medien eng mit dem Namen der DKP verknüpft war, hat in Essen zunächst die Sicherung aller Standorte der städtischen Bibliotheken erreicht, die von der Schließung bedroht waren. Ein halbes Jahr später konnte sie die Pläne, die Öffnungszeiten einzuschränken und Personal abzubauen, durchkreuzen. Was waren Voraussetzungen für diesen Erfolg?

Erstens ist die Kontinuität wichtig. Seit 13 Jahren ist die DKP hier aktiv, seit 13 Jahren gelang es immer wieder, Menschen in Bewegung zu bringen, seit 13 Jahren war dies meist breites Engagement von Alt und Jung. So besetzte 2002 die SDAJ für drei Tage eine von Schließung bedrohte Stadtteilbibliothek, sie ist heute noch offen. Es gelang meist, die Betroffenen, also die NutzerInnen, aber auch die Angestellten, in Bewegung zu bringen und darüber hinaus auch eine Breite im politischen Raum zu erreichen, wobei dies gar nicht mit „parteilich“ gleichzusetzen ist. So waren die Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens gegen die Schließung zuletzt eine Pfarrerin, die Vorsitzende eines Kinderliteraturvereins und der Kommunist Köbele. Die Form des Bürgerbegehrens und der dazu notwendigen Sammlung von Unterschriften zwang uns, und damit auch die SDAJ und die DKP, kampagnenhaft an die Sammlung zu gehen. Das mobilisierte auch nach innen. Zweitens haben wir

mit dieser Thematik auch ein „schwaches Glied“ in der Kahlschlagpolitik der Herrschenden getroffen. Sie mussten fürchten, dass auch Teile ihres „Klientels“, z. B. das Bildungsbürgertum, in dieser Frage rebellisch werden.

Natürlich haben wir damit nur einen kleinen Teil, der in der Stadt Essen geplanten Streichungsschweereien verhindert, aber wir haben bewiesen, dass es geht! Außerdem haben wir auch andere politische Kräfte dazu gebracht bzw. gedrängt, etwas zu tun. Aktuell läuft eine weitere Initiative zur Verhinderung anderer Kürzungen im Bereich Bildung und Kultur, an der wir uns beteiligen.

Interessant ist aber auch zu beleuchten, was denn eigentlich ein Erfolg ist. Marx und Engels schreiben im Manifest: „Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.“ Übersetzt man hier die „Vereinigung der Arbeiter“ mit Gewinn an Bewusstsein, was ja eine Voraussetzung für die Vereinigung/Organisierung ist, dann haben wir durchaus etwas erreicht: Menschen haben gelernt, dass man sich mit dem angeblichen Sparzwang nicht abfinden muss bzw. darf und dass man gegenüber „denen da oben“ nicht machtlos ist. Das alles muss nicht dauerhaft sein, darüber darf man sich keine Illusionen machen, es wird aber auch nicht vergessen. Und vor allem: SDAJ und DKP haben hervorragend zusammen

gekämpft – auf der Straße, da gehören wir ja auch hin.

Quelle: „Position“, Magazin der SDAJ

Wir danken der Redaktion für Genehmigung zum Abdruck.



INHALT

<i>Renate Münder</i> Editorial	1
<i>Fritz Dittmar, Renate Münder</i> Die Komintern zum antikolonialen Kampf	2
<i>Sepp Aigner</i> Antiimperialismus heute	4
<i>Gerhard Feldbauer</i> Woran die US-Aggression in Vietnam scheiterte	6
<i>Renate Münder</i> Strategien der Rekolonisierung	7
<i>Johannes Magel</i> Unterstellungen und Unwahrheiten zur KKE	9
<i>Rainer Perschewski</i> Gewerkschaftspolitik auf dem Prüfstand	11
<i>Anton Latzo</i> 17. Juni 1953 – die Fälscher sind am Werk!	13
<i>Sepp Aigner</i> „Wir müssen auf die Straße“	15
Ein kurzer Rückblick auf den 20. Parteitag der DKP	
<i>Leserbrief von Wolfram Triller</i> zum Zusammenwirken der Kommunisten	16
<i>Tibor Zenker</i> Kommunistische Identität oder Linkspluralismus, Antiimperialismus oder Europäismus? – Erfahrungen aus Österreich	17
<i>Herwig Lerouge</i> Die Regierungsbeteiligung von kommunistischen Parteien – ein Weg aus der kapitalistischen Krise? ...	19
<i>Literaturtipp von Stephan Müller</i> „Großbanken, Industriemonopole und Staat“	21
Wie muss sich die DKP verändern?	
<i>Patrik Köbele</i> Schließung der Stadtteilbibliotheken verhindert	23

IMPRESSUM

www.theoriepraxis.wordpress.com

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus
in Wissenschaft und Politik,
V. i. S. d. P.: Renate Münder, 81669 München

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate Münder,
St.-Cajetan-Straße 20, 81669 München
E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1400

Einzelverkaufspreis: Euro 1,50

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie und Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen,
BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per E-Mail an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten. Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter www.theoriepraxis.wordpress.com verwiesen. Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar. Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.